Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 482. Mittag-Ausgabe. Zweiundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. **Sonnabend, den 15. October 1881.**

Durch Einlegung des neuen Zuges auf der Strecke Breslau-Glatz erfolgt die Versendung des Mittagblattes nach dieser Richtung vom 15. d. M. ab bereits um 1 Uhr 5 Min. Nachmittag und kann daher die Schluß-Course der hiesigen und die Anfangs-Course der Berliner und Wiener Börse nicht enthalten. — Wir ersuchen demzufolge diejenigen Abonnenten, welche das Mittagblatt mit genannten Coursen zu erhalten wünschen, uns dies mittheilen zu wollen, um für diese die Versendung der zweiten Ausgabe durch den später abgehenden Zug zu veranlassen. **Expedition der Breslauer Zeitung.**

Deutschland.

Berlin, 14. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Pfarrer Hofmeister zu Bretsch im Kreise Osterburg, dem emeritirten Archidiakonus Görcke zu Demmin, dem praktischen Arzt Dr. med. Feiber zu Castellaun im Kreise Simmern und dem Steuer-Inspector a. D. von Münchow zu Fürstenwalde, bisher zu Arnswalde, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem stellvertretenden Amtsvorsteher Reckel zu Friedrichshuld im Kreise Rummelsburg, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem evangelischen Schullehrer, Baccalaureus und Kirchner Zimmermann zu Sömmerda, den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem emeritirten evangelischen Schullehrer Greve zu Ottendorf, im Kreise Kiel, dem Grubensteiger Schmelzer auf der fiscalischen Steinkohlengrube Heinitz im Kreise Ottweiler und dem Salzwieger Thiele auf der Privatsaline zu Salzkotten im Kreise Büren das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Oekonomen Wiesenack zu Düßnitz im Kreise Schweinitz die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Oekonomie-Commissar Krause zu Hohenstein, Kreis Osterode in Ostpreußen, bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst den Charakter als Oekonomie-Commissions-Rath verliehen.

Der Seminardirector Eduard Künen zu Kempen ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Düsseldorf versetzt worden. — Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Blasel vom Gymnasium in Trier als Oberlehrer an das Gymnasium zu München-Gladbach ist genehmigt. (R.-A.)

= **Berlin**, 14. October. [Vom Kaiser. — Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und Oesterreich.] Nach Privatnachrichten aus Baden-Baden ist der Kaiser von seinem letzten Unwohlsein vollständig wieder hergestellt, doch wäre ihm von ärztlicher Seite Schonung dringend empfohlen worden. Aus diesem Grunde hat der Kaiser seine Betheiligung an der Jagd in Ohlau aufgegeben und den Kronprinzen mit seiner Vertretung daselbst betraut, und wird der Ankunft des Kaisers in Berlin in 8 bis 10 Tagen entgegen gesehen. Vorläufig ist der Plan festgehalten, wonach der Kaiser einer Einladung zur Theilnahme an den Jagden in Ludwigslust folgen will. — Auch in hiesigen Hofkreisen sieht man einer Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und Oesterreich im Laufe der nächsten Woche an einem Orte der russisch-österreichischen Grenze entgegen.

* **Berlin**, 14. October. [Berliner Neuigkeiten.] Der Kaiser, welcher sich gegenwärtig wieder des besten Wohlseins erfreut, besuchte am 12. d. M. Abends in Baden-Baden mit der Großherzogin und dem Erbgroßherzoge von Baden die Theatervorstellung. Am gestrigen Vormittage nahm Se. Majestät einige Vorträge entgegen und beehrte zu Nachmittags den deutschen Botschafter in Rom, Herrn v. Keudell, sowie den Staatssecretär Hofmann und einige Generale aus Straßburg mit Einladungen zur Tafel. Aeußerem Vernehmen nach gedenkt der Kaiser Ende der nächsten Woche aus Baden-Baden wieder in Berlin einzutreffen, und zwar in Begleitung seiner Tochter der Frau Großherzogin von Baden. — Der Kronprinz gedenkt an seinem Geburtstage, dem 18. d. Mts., einen Ausflug zu machen und wird daher keinerlei persönliche Gratulationen annehmen. Für diejenigen Personen aber, welche demselben ihre Glückwünsche an dem gedachten Tage darzubringen wünschen, wird ein Buch zum Einzeichnen der Namen im Palais des Kronprinzen in Berlin ausliegen. — Heute Mittag 1 Uhr fand im Uhrsaale der königlichen Akademie der Künste die Leichenfeier des Präsidenten des Instituts, Geh. Ober-Bauraths Hitzig, statt. Der Saal war in eine chambre ardente verwandelt und oben mit grünem Laubgewinde und goldenen Quasten geschmückt. An der Uhrseite war ein Hain von Palmen und immergrünen Blattpflanzen aufgebaut, dessen Mitte Schapers Victoria in Bronce zierte. Unter derselben war der Sarg aufgebahrt, der die sterbliche Hülle des Meisters barg. Zahlreiche Palmen, Kränze und Kreuze, die am schwarz behangenen Untersatz lehnten, zeugten von der Hochachtung und der Anerkennung, deren sich der Verewigte zu erfreuen gehabt hat. Eine goldene Palme rührte von den gesammten älteren und jüngeren Künstlern, die mit der Akademie in Verbindung stehen, her; mächtige Kränze mit kostbaren Schleifen hatten die Akademie des Bauwesens, der Architektenverein, der Verein Berliner Künstler, die Beamten der Akademie und andere Corporationen eingesandt. In der Trauerversammlung bemerkte man außer den nächsten Leidtragenden den Senat der Akademie der Künste, die Mitglieder der Akademie, die Studirenden, die Beamten des Instituts, den Oberstkämmerer Grafen von Redern, sodann als Vertreter des Kronprinzen dessen persönlichen Adjutanten Rittmeister v. Nyvenheim. Von Ministern waren die Herren v. Kameke, Maybach, v. Puttkamer und v. Goßler anwesend; von sonstigen bekannten Persönlichkeiten Herr von Hülsen, General v. Etzel, Geh. Regierungsrath Lüders, Geh. Regierungsrath Metzel, Geh. Archivrath Hassel, die Professoren Mommsen und Curtius als ständige Secretäre der Akademie der Wissenschaften, sowie Vertreter der Stadt und der Aeltesten der Kaufmannschaft. Der Baurath Prof. Orth und der Maler Prof. v. Heyden empfing im oberen Saale, Baurath Heyden im Vestibül die Trauerversammlung; die Chargirten der Studirenden bildeten auf Treppe und Corridor Spalier. Die Feier wurde durch einen vom Musikcorps des Kaiser Franz-Regiments vorgetragenen Choral eröffnet, worauf der stellvertretende Vorsitzende der Akademie, Oberhofcapellmeister Taubert, einige Worte an die Trauerversammlung richtete. Die Leichenrede, welcher Gesang voranging und folgte, hielt der Generalsuperintendent Oberhofprediger Dr. Kögel. Nach beendigter Trauerfeier wurde der Sarg von den Beamten der Akademie vom Podium heruntergehoben nnd die Treppe hinunter nach dem sechsspännigen Leichenwagen getragen. Die Spitze des Trauerzuges bildeten zehn Palmenträger, denen sich das Musikcorps anschloß. Es folgten alsdann die Studirenden der höheren Lehranstalten mit ihren florumhüllten Fahnen, und die Deputationen mit den Widmungskränzen. Die Orden des Verstorbenen trugen die Architekten v. Großheim und Raschdorff. Neben dem Leichenwagen schritten acht Schüler mit Palmen. Den langen Zug der Wagen eröffnete die Gala-Equipage des Kaisers. Seine letzte Ruhestätte hat der Heimgegangene auf dem alten Dorotheenstädtischen Kirchhofe gefunden.

[Königthum oder Dictatur.] Aus einem der „Liberalen Correspondenz" zur Verfügung gestellten Briefe eines angesehenen, im Auslande weilenden Deutschen entnimmt dieselbe Folgendes: „Ich lese eben mit großem Interesse die Rede Bunsen's, welche sich im Auszuge in der „National-Zeitung" vom Sonntag, dem 9. d. Mts., befindet. Georg von Bunsen hat bei Weitem das Beste gesprochen, was ich bisher aus den Reden der deutschen Wahlbewegung gelesen habe. Da er als ein moderirter Mann bekannt ist, so werden seine Worte ihre Wirkung in Deutschland nicht verfehlen. Vor allen Dingen hat er die Aufmerksamkeit auf die verhängnißvolle Alternative gelenkt, welche, wie denkende Politiker schon seit lange gefürchtet haben, Deutschland nicht erspart zu werden scheint: „Königthum oder Dictatur!" Es sollten diese Worte die einzige Parole bilden, unter der die wahrheitsliebenden Deutschen an die Urne zu treten hätten ...."

L. C. [Zum Unfallversicherungsgesetz.] Als bei der Berathung des Unfallversicherungsgesetzes in der letzten Reichstagssession auf die ungenügende Vorbereitung und die mangelhafte statistische Grundlage der Vorlage hingewiesen wurde, erklärte der Reichskanzler, er habe, als er die Leitung des preußischen Handelsministeriums übernahm, diese Frage als die nach Lage der Acten dringlichste vorgefunden. Ueber den Inhalt dieser Acten enthält der „Hamb. Corresp." eine Mittheilung, welche übersehen läßt, in wie gewaltsamer Weise der neue preußische Handelsminister in die Frage eingegriffen hat. Die in den Acten befindlichen Vorarbeiten hätten zunächst die möglichste Einschränkung der Unfälle bezweckt und dieselbe zu erreichen gesucht durch die Einführung der Anzeigepflicht von Unfällen in den Fabriken, durch den Erlaß technischer Schutzvorschriften und durch eine energische Ausbildung des Instituts der Fabrikinspectoren. Der Schutz der Arbeiter gegen die Folgen der Unfälle hätte dann durch Bildung von gewerklich gegliederten Unfallversicherungs-Genossenschaften auf Gegenseitigkeit nach gesetzlich festzustellenden Normen und unter Betheiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung gesichert werden sollen. Die Mittheilung des „Hamb. Corresp." wird in dem ersten Punkte dadurch bestätigt, daß in der That dem Bundesrath schon im Frühjahr 1880 ein Gesetzentwurf betr. die Anzeigepflicht der Unfälle in Fabriken vorgelegt und unter Zustimmung der Präsidialregierung angenommen wurde, daß aber der Reichskanzler die Vorlegung dieses Gesetzentwurfs an den Reichstag inhibirte, und zwar, wie derselbe im Reichstage erklärte, weil er sicher war, daß der Reichstag dem Gesetzentwurfe seine Zustimmung ertheilen würde. Damit allein war bewiesen, daß dieser gesetzgeberische Plan völlig untauglich sei, einer Politik zu dienen, deren eigentliches Ziel die Staatsomnipotenz ist. Die Enthüllung des „Hamb. Corr." ist aber nicht nur von historischem Interesse. Man weiß, daß dem reichskanzlerischem Plan einer Reichsanstalt, welche die Arbeiter gegen Alter und Invalidität versichern soll, zuerst in einem deutsch-conservativen Blatte, der „Deutschen Reichspost" in Stuttgart, das Project von gewerklich gegliederten Versicherungsgenossenschaften gegenübergestellt worden ist, und daß dieser Gedanke selbst bei einem Theil der gouvernementalen Presse Anklang gefunden hat. Hier lag offenbar der Versuch vor, auf die alten durch den Reichskanzler beseitigten Acten zurückzugehen. Vergleicht man die Entwickelung der beiden Projecte, so ist es nicht zweifelhaft, daß auch dieser neue Versuch, den Staat auf seine „Nachtwächterrolle" zu beschränken, von dem Reichskanzler selbst vereitelt werden wird und daß eine Vorlage im Sinne des Herrn „Albert Treiber" aus dem einfachen Grunde nicht an den Reichstag gelangen wird, weil der Reichskanzler Grund hat, anzunehmen, daß der Reichstag einer solchen zustimmen würde.

[Militär-Wochenblatt.] Die nachstehend aufgeführten bisherigen Studirenden der militärärztlichen Bildungsanstalten werden vom 1. October c. ab zu Unterärzten ernannt und bei den nachgenannten Truppentheilen angestellt, und zwar: Kranzfelder, beim 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19, Dr. Brandt, beim 1. Pos. Inf.-Regt. Nr. 18, Dr. Görlitz, beim Schles. Pion.-Bat. Nr. 6, Hoffmann, beim 3. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 50, Lasser, beim 2. Niederschlesischen Inf.-Regt. Nr. 47, Dr. Höpner, beim 3. Pos. Inf.-Regt. Nr. 58. Memminger, Lazareth-Insp. zu Neisse, nach Kosel, Schuleman, Lazareth-Insp. zu Aurich, nach Rawitsch versetzt.

Leipzig, 13. October. [Der Hochverrathsprozeß. Fortsetzung.] Zunächst wird von dem Vertheidiger, Herrn Dr. Fels, der Antrag auf Vernehmung von A. Scheu, Kaulitz, Frau Nytzka rc. in London gestellt, dieselben sollen bekunden, daß der Expedient der „Freiheit", Nevé in London, zur Zeit, als Angeklagter Davé Deutschland bereiste, auch eine solche Reise machte. Der Gerichtshof wird später darüber berathen.

Angeklagter Mahr bittet, Jacobi und Braun zu befragen, daß er nicht mit Breuder über die fraglichen Chemikalien gesprochen habe. Dies geschieht, doch giebt Jacobi keine bestimmte Antwort, während Braun erklärt, zur angegebenen Zeit sei Mahr nicht bei ihm gewesen. Ferner wünscht Mahr, daß Dillich gefragt werde, ob er, M., sich ihm als Revolutionär bezeichnet habe? Dillich: Nein.

Angeklagter Boell: Ich bitte, Jacobi zu befragen, ob es wahr ist, daß ich ihn gewarnt habe, als er mich zum Abonnement auf die „Freiheit" einlud, er solle Derartiges nicht unternehmen, er könne ins Gefängniß kommen? — Jacobi: Ja. — Braun: Jacobi hat ausgesagt, es hätten sich keine Leute gefunden, um die Gruppenbildung vornehmen zu können. Ich bitte denselben zu fragen, ob er oder ich Leute gefragt haben, ob sie einer solchen Gruppe beitreten möchten? — Präsident: Jacobi hat gesagt, die Gruppenbildung in Darmstadt unterblieb, weil keine Leute da waren. Damit ist die Sache erledigt. — Nach Erledigung einiger von den Angeklagten gestellten Fragen, sowie nach erfolgter Constatirung, daß Dillich betreffs des Zwecks der Gruppen angegeben: „Damit, wenn die Revolution kommt, Jeder mitmachen kann" — erfolgt die zeugeneidliche Vernehmung des Polizeiraths Dr. Rumpf aus Frankfurt a. M. Derselbe führt aus:

Nach Erlaß des Socialistengesetzes beschränkte man sich in Deutschland auf die Verbreitung von Druckschriften socialistischen Inhalts, welche verboten waren. Dies geschah auch in Frankfurt a. M., doch bald zogen sich Verschiedene der Verbreiter Anklagen zu, betreffs der Hirsch'schen „Laterne" (Brüssel), „Tagwacht", „Freiheit" und „Socialdemokrat." Freunde der Angeklagten, die als Zeugen vernommen wurden, suchten dieselben zu entlasten und legten falsches Zeugniß ab, weswegen gegen sie Anklage wegen Meineides erhoben wurde, was ihre Verurtheilung zu Zuchthausstrafen nach sich zog. Hierin durfte man Früchte Most'scher Ideen erkennen. Ibsen, der wegen Meineides ebenfalls verurtheilt worden, wurde bei seiner Abführung zum Zuchthause von Breuder bis zum Bahnhofe begleitet. Man begnügte sich aber bald nicht mehr mit der alleinigen Verbreitung. 1879 wurden sogen. Gruppen Most'scher Tendenz unter der Leitung eines gewissen Häntzschel gegründet. Doch war der Anhang Most's kein großer, die Liebknecht-Bebel'sche Richtung war die stärkste. Der Führer dieser Gruppe, Häntzschel, stand mit Most und Eisenhauer in Verbindung. Die Sitzungen wurden nach nihilistischer Manier auf Kirchhöfen und anderen unheimlichen Orten insgeheim abgehalten. Eine Zeitlang ließ ich sie gewähren, bis ich endlich einschritt und sie festnehmen ließ. Sie wurden indeß nachher wieder auf freien Fuß gesetzt, im Juni 1880 aber verurtheilt. Jetzt trat eine Stagnation unter den Socialdemokraten Most'scher Richtung ein. Man hatte sogar an Most geschrieben, man wollte die „Freiheit" nicht mehr lesen. Da scheint es der Angeklagte Breuder gewesen zu sein, der eine neue Vereinigung ins Leben rief. Er beobachtete den Grundsatz, die Zusammenkünfte nicht an heimlichen Orten stattfinden zu lassen, sondern man traf sich zufällig an öffentlichen Orten, in Wirthschaften. So scheint er an die Spitze der Socialrevolutionäre getreten zu sein. Zunächst wurde eine Thätigkeit in der Verbreitung von Flugschriften entfaltet, und zwar in der Nacht vor der Ankunft des Kaisers zur Einweihung des neuen Opernhauses. Die „Freiheit" hat über diese Verbreitung gerühmt, daß der passende Moment gewählt sei. Diese Flugschrift muß in einer großen Anzahl verbreitet worden sein; sie wurde nächtlicher Weile angeschlagen und in der ganzen Stadt vertheilt. Ich wußte gleich, daß diese Verbreitung nur von Anhängern Most's ausgehen konnte. Sofortige Haussuchungen bei Verdächtigen vornehmen zu lassen, hielt ich für überflüssig, da ich voraussetzen konnte, daß man so etwas erwarte und deshalb Alles bei Seite geschafft habe. Ich wartete also vorläufig. Ich nehme an, daß das Flugblatt von dem Buchdrucker Schilde gedruckt worden war. Derselbe war der Drucker Frohme's. Als kurz nachher bei demselben eine Schrift des Letzteren erschien, welche verboten wurde, nahm ich bei der Haussuchung besondere Rücksicht darauf, Spuren zu entdecken, daß jenes Flugblatt daselbst gedruckt worden, fand aber nichts. Ich erfuhr auch durch meine Agenten, daß am 1. December v. J. ein Congreß in Frankfurt a. M. stattfinden sollte, der aber später nach Darmstadt verlegt wurde. Ich hatte eine specielle Ueberwachung der Bahnhöfe angeordnet und erfuhr, daß am Abend des 1. December ein schweres Kistchen nach Frankfurt gebracht worden war. Am selbigen Tage Abends sollte, wie ich erfahren, bei Petschmann eine Zusammenkunft stattfinden und ließ ich dieselbe aufheben und die Theilnehmer, acht Mann, festnehmen. Außerdem ließ ich drei Andere verhaften, gegen welche gleicher Verdacht vorlag.

Aus den gefundenen Schriftstücken ersah ich, daß eine Verbindung Most'scher Anhänger bestand. Ich ließ in derselben Nacht bei Breuder haussuchen und fand die (Stereotyp-) Platten. Die Confrontation stellte fest, daß Jacobi rc. mit auswärtigen Socialisten in Verbindung stand, u. A. mit Schneidt, Most, Lichtensteiger rc. Eisenhauer war mit Frankfurter Socialisten bekannt, da er 1879 vorübergehend in Frankfurt a. M. gearbeitet hat. Im Jahre 1880, im Monat Juni, kehrte Eisenhauer zurück und vorzugsweise schloß sich ihm Breuder an. Eisenhauer wurde jedoch kurz darauf in Hanau verhaftet und wegen Führung eines falschen Passes zu mehreren Wochen Gefängniß verurtheilt. Nach seiner Entlassung aus der Haft besuchte er Breuder und übernachtete bei demselben. Dann reiste er nach der Schweiz ab. Eisenhauer schrieb für die „Freiheit" Artikel, correspondirte viel mit Most und schien dessen Emissär zu sein. Von da ab leitete Breuder die Gruppen. An denselben wurden alle Correspondenzen gerichtet. Ueber den Zeugen Horsch befragt, erklärt der Herr Polizeirath Dr. Rumpf: Der Schneider Horsch sei seit November v. J. als Agent benutzt worden. Polizei-Inspector Weidemann habe mit ihm gesprochen und ihn dann empfohlen. Es sei Pflicht des Zeugen gewesen, eine sich ihm freiwillig zur Verfügung stellende Kraft zu gebrauchen, da, wo die Polizeimittel nicht ausreichen. Ueber die Moralität des rc. Horsch befragt, theilt Zeuge mit: Horsch ist der Sohn eines Gefängnißinspectors, erlernte das Schneiderhandwerk, ernährte sich aber nur kümmerlich, ist einmal wegen Unterschlagung vorbestraft. Horsch hat dem Zeugen mitgetheilt, daß gegen ihn ein Attentat geplant worden sei. Als Horsch damit betraut wurde, die Gefangenen zu überwachen, berichtete er anfänglich irrthümlich. — Präsident: Haben Sie Veranlassung gehabt, an seiner Wahrheitsliebe zu zweifeln? — Zeuge: Nein. Ich hielt ihn für glaubhaft, möglich aber, daß er hin und wieder etwas übertrieben hat, namentlich bezüglich der Zahl der Flugschriften, welche zur Verbreitung gelangten. Ferner erklärt Zeuge: Horsch lebt mit seiner Familie unglücklich. Trotzdem er verheirathet, knüpfte er mit anderen Mädchen Verhältnisse an. Eins der Mädchen lieh ihm eine Uhr, welche er heute noch nicht zurückgegeben hat. — Präsident: Glauben Sie, Herr Zeuge, daß Horsch sich dieser Mission unterzog, um Geldvortheile zu erlangen? — Zeuge: Er hatte wenig Arbeit und wurde honorirt. Schon früher interressirte er sich für polizeiliche Thätigkeit und hat beispielsweise die Polizei in einer Diebstahls-Angelegenheit in ihren Recherchen unterstützt. — Präsident: Welche Mittheilungen machte er Ihnen bezüglich des gegen Sie geplanten Attentats? — Zeuge: Die Socialisten erblickten in mir ihren entschiedensten und gefährlichsten Feind. Most brachte in der „Freiheit" nihilistische Artikel gegen mich, worüber ich nur lachen konnte. Aber diese Artikel scheinen Früchte getragen zu haben. Ich wurde mehrmals gewarnt, die Anhänger Breuders beabsichtigen, etwas gegen mich zu unternehmen. Braun in Darmstadt habe freiwillig Feuerwerkskörper zu diesem Zweck anfertigen wollen. Gelegentlich einer Haussuchung bei Breuder schien es mir, als ob Löcher in der Wand durch große Stücke Pappe verklebt worden seien. Ich riß dieselben herunter und entdeckte einen Kasten, in dem sich drei Flaschen Salzsäure und eine Flasche Strychnin befanden. Eine Flasche trug die Etiquette: „Augenwasser." Dies lieferte mir einigermaßen Bestätigung, daß die Warnung nicht so grundlos war. Die Ausführung des Attentats unterblieb, weil der damit Beauftragte in letzter Stunde sich wohl eines Andern besann und nicht erschien. Das Attentat sollte am Bußtage vorigen Jahres stattfinden und zwar in der Promenade. — Dort wollte man mich auflauern. Ich traf Vorkehrungen und stellte in dieser Gegend Schutzleute als Beobachtungsposten auf. Ich ging wie gewöhnlich diesen Weg — Abends, Tags war ich in Darmstadt gewesen — aber nichts ereignete sich, noch ließ sich ein Verdächtiger blicken.

Präsident: Wer sollte das Attentat unternehmen? Zeuge: Nach den Mittheilungen Horsch's sollte Peschmann dasselbe thun. Am 1. Decbr. sollte, ebenfalls nach den Mittheilungen Horsch's, in Peschmann's Wohnung eine Zusammenkunft stattfinden, in der über die Vorbereitungen zum Darmstädter Congreß gesprochen werden sollte. Ferner erklärt Zeuge, man habe die (Stereotyp-) Platten bei der fraglichen Haussuchung auf dem Dache, unter Strohmatten versteckt, vorgefunden. Ueber den Congreß in Darmstadt habe er schon vor der Haussuchung bei Breuder Kenntniß gehabt und dieselbe nicht erst durch die damals vorgefundenen Briefe erhalten. Positives über die auf diesem Congreß geflogenen Verhandlungen habe Zeuge nicht erfahren. Indeß sollen in Darmstadt Gruppen bestanden haben, an deren Spitze Jacobi und Braun standen. Auf dem Congreß aber — fährt Zeuge fort — wird man sich wohl nicht allein mit der Verbreitung, sondern möglicherweise — ja, ich muß sagen: wahrscheinlich mit der Verwirklichung der Most'schen Ideen beschäftigt haben, um den Umsturz so bald als möglich herbeizuführen. Zeuge beruft sich auf § 53 der Str.-Pr.-O., indem er die Nennung desjenigen verweigert, der ihn einen von Schneidt (Paris) geschriebenen, an Breuder gerichteten Brief eingehändigt hat. Die Vertheidigung bittet die Genehmigung der vorgesetzten Behörde zu dieser Namensverweigerung einholen zu wollen. Die Vertheidigung macht darauf aufmerksam, daß Horsch sich beschwert habe, die ihm gemachten Versprechungen seien nicht erfüllt worden, — was er denn eigentlich bekommen habe? — Zeuge: Nichts Bestimmtes, aber er konnte davon leben; vielleicht 20 M. per Woche.

Die Herren Rechtsanwalt Patzki und Lewald zweifeln die Glaubwürdigkeit des Zeugen an. Er habe geschehen lassen, daß Horsch, trotzdem er Polizeiagent war, über zwei Monate sich in Untersuchungshaft befunden habe. Erst als Horsch den Untersuchungsrichter davon in Kenntniß gesetzt und das vom Zeugen bestätigt worden, habe man den Genannten aus der Haft entlassen und die Ober-Reichsanwaltschaft die Anklage gegen ihn zurückgezogen. Zeuge habe an den Untersuchungsrichter hierüber Briefe geschrieben; in dem einen heiße es: „Ich kann nicht leugnen, daß mein Herz (über die Verhaftung Horsch's) schwer wird." Warum — frug die Vertheidigung — verschwiegen Sie, daß Horsch Polizeiagent war? Zeuge: Horsch war compromittirt, weil er das Kistchen mit Chemikalien von Braun aus Darmstadt abholte und an Breuder in Frankfurt verabfolgte. Dann wurde ein Schutz seiner Person nothwendig, da man sein Leben bedrohte. Er bat mich selbst, ihn verhaften zu lassen. Ich wundere mich, daß meine

Briefe, die ich an den Herrn Untersuchungsrichter richtete und welche rein vertrauliche waren, sich bei den Acten befinden. — Die Verlesung dieser Briefe wird beschlossen.

Bezüglich des ebenfalls zur Verlesung gelangenden Briefes, welchen Schneidt an Breuder richtete, erklärt dieser, der Brief sei viel kürzer und das Papier ein anderes gewesen, als man ihm denselben während der Untersuchung vorgelesen.

Angeklagter Braun bittet, den Zeugen zu fragen, wer ihm mitgetheilt, daß er, Angeklagter, an Breuder Feuerwerkskörper habe verabfolgen wollen? Denjenigen, der das gesagt habe, wolle er auch vorgeladen wissen; er habe in der Fabrik sich keine Feuerwerkskörper verschaffen können. Zeuge verweigert die Nennung des Betreffenden, der sich zudem heut in Amerika befinde und also nicht geladen werden könne.

Zeuge Horsch (Frankfurt a. M.) bekundet, von dem Polizei-Inspector Weidemann die Offerte erhalten zu haben, die Angeklagten zu überwachen und namentlich nach den Verbreitern des in der Nacht vom 19. auf den 20. October vertheilten Flugblattes zu forschen. Man habe ihm eine gute Stelle in Aussicht gestellt. Jetzt stehe er nicht mehr in Diensten der Polizei. Im Uebrigen bestätigt er im Wesentlichen das von dem Herrn Polizeirath Dr. Rumpf Mitgetheilte.

Die Aussagen des Herrn Polizeiinspector Weidemann (Frankfurt a. M.) stimmen mit den gemachten Mittheilungen im Allgemeinen überein.

Herr Rechtsanwalt Lewald: Zeuge Horsch hat über Dr. Rumpf geschimpft und eigentlich die Idee zu dem Attentat gegeben. — Horsch bestreitet dies.

Angekl. Kristupeit ergeht sich nun in längerer Rede über die von Horsch über Dr. Rumpf gemachten heftigen Ausfälle.

Auf Vorhalten des Herrn Präsidenten giebt schließlich Horsch zu, manchmal über Dr. Rumpf unqualificirbare Aeußerungen gethan zu haben. Schließlich findet dessen Vereidigung statt.

Die Aussagen der übrigen zur Vernehmung gelangenden Zeugen sind von keinem erheblichen Interesse.

Schluß der Sitzung: 4¼ Uhr.

Frankreich.

Paris, 12. Octbr. [Der Gesundheitszustand der Truppen.] Dieses Thema wird so bald nicht aus der öffentlichen Erörterung verschwinden, und wenn General Farre nicht schon aus anderen Gründen zurücktreten müßte, so würden ihm die neuen Veröffentlichungen über die ärztliche Vernachlässigung der Truppen ganz allein den Hals brechen. Niemand wagt mehr, ihn zu vertheidigen, und zu den vielen Vorwürfen, die seiner Einsicht und seinem militärischen Verständniß gelten, gesellt sich auch noch der der Unwahrhaftigkeit und absichtlichen Täuschung des französischen Volkes. Farre hatte seinem Bericht über den Gesundheitszustand eine Einleitung vorausgeschickt, in der es heißt: daß der Kriegsminister diese Zusammenstellung durch den „Gesundheitsrath der Armee" habe aufstellen lassen. Demgegenüber erklärt der „Temps": 1) Der Gesundheitsrath ist nicht befragt worden; überhaupt gehen ihm seit einem Befehl vom 30. April d. J. keine ärztlichen Berichte mehr zu, da solche laut diesem Befehl von den Aerzten an den Kriegsminister eingesandt werden müssen. 2) Dem Gesundheitsrath sind keine Schriftstücke zugestellt worden, nach denen er die Sachlage hätte beurtheilen können, so daß der Präsident des Gesundheitsraths, Legouest, gegen den Artikel im „Journal officiel" protestirt hat. 3) Die ärztlichen Monatsberichte müssen laut Bestimmung so eingesandt werden, daß sie für Frankreich am 10., für Algier am 25. des Monats eintreffen, der auf den Berichtsmonat folgt. Da nun die Veröffentlichung im „Journal officiel" am 6. October erfolgte und sich auf die erste Hälfte des Septembers bezog, so können die Angaben nicht auf amtlichen Schriftstücken beruht haben. 4) Die Angaben des Ministers berufen sich auf besondere Berichte. Es ist unwahr, daß solche von den Aerzten eingefordert worden sind. 5) Folglich beruhen die vom Kriegsminister aufgestellten Zahlen weder auf einem Bericht des Gesundheitsraths, noch auf dem Bericht von Aerzten. Ferner sind die Zahlen an sich falsch, und die Todesfälle sind, was Frankreich anbelangt, übertrieben, um die größere Sterblichkeit in Tunis und Algier minder hervortreten zu lassen. Die Sterblichkeit der französischen Armee in Frankreich beträgt nach den statistischen Angaben im Durchschnitt kaum zehn vom Tausend. Nach den Zahlen des Kriegsministers müßte sie, wenn man die fünftägigen Berechnungs-Termine (5.—10. und 10.—15. September) zu Jahren berechnet, 48,90 bezw. 40,88 auf das Jahr betragen. Man darf wohl annehmen, daß der „Temps" seine Angaben nicht ohne guten Grund gemacht hat, und was namentlich den letzten Punkt anbelangt, so leuchtet seine Richtigkeit ohne Weiteres ein. „Das ist — es giebt kein anderes Wort — die officielle Lüge in ihrer ganzen Dreistigkeit, die administrative Täuschung in ihrer tragischen Schamlosigkeit!" schreibt die „Justice" und andere sagen es nicht minder. Die Geduld der Franzosen ist stellenweise grenzenlos, sie fängt aber an auszugehen und schon jetzt wird erklärt, daß man sich mit der in Aussicht gestellten Untersuchung des Generals Farre nicht begnügen könne. Die Intendanz, und an diese müsse er sich ja richten, werde natürlich antworten, daß alles in vorzüglichster Ordnung sei, Farre werde dann ein Dementi erlassen auf Grund von Schriftstücken, denen Niemand Glauben schenken werde, und die Sache bliebe dann unaufgeklärt. Bonapartistische Blätter rathen der Regierung spöttisch an, doch den Dr. Lereboullet, den Verfasser des Artikels der „Gazette de Médecine", gerichtlich zu belangen, dann werde sich ja öffentlich zeigen, was an seinen Angaben wahr sei; die Regierung macht aber gar keine Anstalten, diesem Rathe nachzukommen. Unbegreiflich bleibt es, daß noch von keinem einzigen Blatte die Forderung erhoben worden ist, Verlustlisten zu veröffentlichen, in denen aber auch die Namen der an Krankheiten gestorbenen Soldaten enthalten sein müßten. Es würde sich nicht lange durchführen lassen, die Oeffentlichkeit durch falsche oder lückenhafte Listen zu täuschen. Bei den Kriegen, die Deutschland geführt hat, besonders im letzten, wurden die Verlustlisten mit namentlicher Angabe sämmtlicher todten und verwundeten Soldaten mit großer Schnelligkeit veröffentlicht; sie wurden von der Bevölkerung stets mit fieberhafter Spannung erwartet und waren stets im Handumdrehen vergriffen. Warum verschmäht General Farre das Beispiel der deutschen Kriegsverwaltung? Unbekannt ist es ihm doch wohl nicht; wenn er es aber der Nachahmung nicht für werth hält, so liegt es eben daran, daß er Frankreich nicht mit der Größe der Verluste bekannt zu machen wagt. Die langen Veröffentlichungen, welche heute der Kriegsminister im „Journal officiel" hat einrücken lassen, befriedigen in ihrer Allgemeinheit durchaus nicht. Keine einzige der von der „Gazette de Médecine" angeführten Thatsachen ist widerlegt und der Kriegsminister dürfte der Einzige sein, der mit diesen Berichten zufrieden ist. Das sprechen auch die heutigen Abendblätter unverholen aus und erklären, daß General Farre so leichten Kaufes nicht loskommen dürfe. Wenn die weiteren Berichte, die in Aussicht gestellt werden, ebenso ausfallen, so hat die „Gazette de Médecine" vollständig recht behalten. Uebrigens lautet der Bericht, den der Generalarzt Baudouin erstattet hat, auch durchaus nicht so glänzend, wie die erste ministerielle Kundgebung. (K. Z.)

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 15. Octbr. [Postanstalt auf dem Ausstellungsplatze.] Die Postanstalt mit Telegraphenbetrieb auf dem Platze der schlesischen Gewerbe- und Industrieausstellung tritt heute mit Schluß der Dienststunden außer Wirksamkeit.

—r. [Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 2. bis 8. October wurden 76 Ehen (gegen 57 in der Vorwoche) geschlossen. Geboren wurden 203 Kinder (101 Knaben und 102 Mädchen), darunter 11 Todtgeborene. Die Zahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborenen) betrug 141 (80 männliche und 61 weibliche). Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle betrug mithin 62, in der Vorwoche 97. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0—1 Jahr 48, von 1—5 Jahren 19, von 5—15 Jahren 9, von 15—20 Jahren 4, von 20—30 Jahren 9, von 30 bis 40 Jahren 11, von 40—60 Jahren 20, von 60—80 Jahren 17, von über 80 Jahren 4. Die Todesursachen waren: Scharlach 2, Diphtheritis 2, Keuchhusten 3, Unterleibstyphus 4, Darm- und Magenkatarrh 12, Brechdurchfall 2, Gehirnschlag 4, Krämpfe 6, andere Krankheiten des Gehirns 9, Lungenschwindsucht 9, Lungen- und Luftröhrenentzündung 11, andere acute Krankheiten der Athmungsorgane 2, andere Krankheiten der Athmungsorgane 15, alle übrigen Krankheiten 57, Unglücksfall 2, Selbstmord 1. Nach der berechneten Einwohnerzahl von 273,000 kommen in dieser Woche auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Lebendgeborene 36,67, Gestorbene (excl. Todtgeborene) 26,93.

—r. [Temperatur. — Niederschläge.] In der Woche vom 2. bis 8ten October betrug die mittlere Temperatur 6,9, die höchste 16,6, die niedrigste 0,3 Gr. C., die Höhe der Niederschläge 19,8 mm.

= [Schiedsgerichte zur Regulirung von Bergschäden.] Zur Regulirung von Bergschäden in Schlesien sind Schiedsgerichte, und zwar eins für die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz und eins für den Regierungsbezirk Oppeln eingesetzt worden. Nach den für diese Behörden vom Minister der öffentlichen Arbeiten unterm 15. August c. erlassenen Regulativen haben diese Schiedsgerichte auf Anrufen beider streitenden Theile, welche hierbei auf den Rechtsweg Verzicht geleistet haben müssen, über Bergschäden zu entscheiden, welche durch den Betrieb der unter Aufsicht der Bergbehörde stehenden Bergwerke oder der Eisenerzgräbereien entstanden sind. Die Schiedsgerichte haben je zwei Abtheilungen, deren erste aus einem Mitgliede des Oberbergamts zu Breslau und aus zwei Revierbeamten bestehen, welche vom Minister der öffentlichen Arbeiten auf Widerruf ernannt werden. Die zweiten Abtheilungen bestehen aus je einem vom Oberpräsidenten aus der Zahl der höheren Verwaltungs-Beamten der Provinz auf Widerruf zu ernennenden Vorsitzenden, aus je zwei bauverständigen Mitgliedern und aus je zwei ökonomischen Sachverständigen, welche vom Oberpräsidenten auf drei Jahre ernannt werden. Der Provinzialausschuß hat zur Ernennung für das Schiedsgericht Breslau als bauverständiges Mitglied den Bauinspector Leichsenring in Breslau, für dasjenige zu Oppeln den Bauinspector Maaß in Oppeln, ferner für das Schiedsgericht Breslau als ökonomischen Sachverständigen den Gutsbesitzer Rothe in Sorge, als Stellvertreter den Gutsbesitzer Neide sen. in Breslau, für dasjenige in Oppeln als ökonomischen Sachverständigen den Landrath Gerlach in Oppeln, als Stellvertreter den Oekonomierath Elsner daselbst in Vorschlag gebracht. Die ersten Abtheilungen entscheiden über den Causalnexus zwischen dem Bergbaubetriebe und der Grundstücksbeschädigung, die zweiten Abtheilungen, welche nur auf Grund des von der ersten Abtheilung erlassenen Schiedsspruches oder auf Grund eines Anerkenntnisses der Parteien über den Causalnexus in Thätigkeit treten, haben die Entschädigung zu ermitteln und festzusetzen, über den zu ersetzenden Minderwerth, resp. über die Gesammtentschädigung aber nur dann zu befinden, wenn beide Theile hiermit einverstanden sind und einen hierauf bezüglichen Antrag gestellt haben. — Die Aufhebung des Schiedsspruchs kann nur in den im § 867 der Civilproceßordnung vom 30. Januar 1877 angegebenen Fällen beantragt werden.

= [Personal-Nachrichten.] Bestätigt: die Wiederwahl des Rathsherrn Hermann Kersek zum unbesoldeten Rathsherrn der Stadt Strehlen auf die Wahlperiode bis zum 8. März 1887, die Wiederwahl des Apothekers und Beigeordneten G. A. Neumann zum unbesoldeten Beigeordneten, sowie des Brennereibesitzers und Rathmann H. Gröbebaud zum unbesoldeten Rathmann der Stadt Münsterberg auf eine fernere 6jährige Amtsperiode und zwar vom 13. December 1881 bis zum 13. December 1887, die Wiederwahl des Apotheker Riedel zum unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Trachenberg auf die gesetzliche Dienstzeit von 6 Jahren, d. i. vom 13. Januar 1882 bis dahin 1888. — Uebertragen: dem königl. Kreis-Schul-Inspector Dr. Schamann in Frankenstein bis auf Weiteres die Kreisaufsicht über die katholischen Schulen in Kaubitz und Paulwitz, Kreis Frankenstein. Bestätigt die Vocationen für den Lehrer August Schirdewahn zu Oels zum Hauptlehrer an der evangelischen Knabenschule in Oels, für den bisherigen Mittelschullehrer Alexander Rademacher aus Schweidnitz zum Hauptlehrer an der evangelischen Mädchenschule in Oels. — Widerruflich bestätigt: die Vocation für den Schulamtscandidaten Anna Conrad aus Klarenkranst zur Lehrerin an der kathol. Stadtschule in Gottesberg. Versetzt: der Kreissteuereinnehmer v. Stedingk von Waldenburg nach Steinau. Interimistisch verliehen: dem Regierungs-Haupt-Kassen-Assistenten Oomtag aus Schleswig die Kreissteuereinnehmerstelle in Waldenburg. — Bestätigt die Vocation für den bisherigen Pfarrer in Friedersdorf a. Qu. Karl Gottlieb Ludwig Suin de Boutemard zum Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde in Glatz.

Entbunden: Polizei-Assessor Päßelt von der ihm übertragenen commissarischen Verwaltung einer hiesigen Polizeirathsstelle und zum Polizei-Präsidium Berlin zurückgekehrt. Committirt: Polizei-Assessor Bilke zur commissarischen Verwaltung einer hiesigen Polizeirathsstelle von Posen nach Breslau. Polizei-Secretair, ehemaliger Appellations-Gerichts-Referendar Gottschalk zur commissarischen Verwaltung einer Polizei-Assessor-Stelle nach Hannover. Polizei-Bureau-Hilfsarbeiter, ehemaliger Appellations-Gerichts-Referendar Simmel zur commissarischen Verwaltung einer Polizei-Assessor-Stelle nach Posen. In den Ruhestand versetzt: Schutzmann Wißmach mit Pension. Gestorben: Schutzmann Demmig. Angestellt: Trompeter Brosig als Schutzmann.

= [Schenkung.] Der Particulier Wilhelm Landskron aus Brieg hat laut Cessions-Urkunde vom 15. September 1881 eine für ihn auf der Häuslerstelle Nr. 31e Stoberau, Kreis Brieg, in Abtheilung III. unter Nr. 4 eingetragene Hypothekenforderung in Höhe von 600 Mark an das hiesige Bürgerhospital zum heiligen Geist, jetziges Centralhospital zum Eigenthum mit der Bestimmung abgetreten, daß das genannte Hospital erst vom Todestage des Cessionars in den Genuß der Zinsen tritt.

A. F. [Breslauer Dichterschule.] Den üblichen Protokollauszügen des soeben erschienenen Octoberheftes der „Monatsblätter" entnehmen wir die Mittheilung, daß der Verein im September vier Versammlungen abgehalten und in der ersten derselben neue Mitglieder in Wüstewaltersdorf, Groß-Glogau und Breslau aufgenommen hat. — Den letzten Vereinsabend im September beschloß auf Einladung des Vereins der talentvolle Naturdichter, Tischlergeselle Paul Karsch aus Wehr an der Mosel, dessen poetische Leistungen sich allgemeinen Beifalls erfreuten. — Mitglied Walter Sürel aus Malmitz bei Sprottau beabsichtigt in nächster Zeit als Recitator Shakespear'scher Dramen und Reuter'scher Dichtungen aufzutreten, und richtet an diejenigen Vereinsgenossen, welche in den Orten, die er auf seiner Rundreise durch Schlesien zu berühren gedenkt, ihren Wohnsitz haben, die Bitte, ihn bei seinem Vorhaben freundlichst unterstützen zu wollen. — Der weitere Inhalt des Heftes hat sich zufolge des Beschlusses, die Monatsblätter durch zeitweise Beilagen mit prosaischen Aufsätzen zu erweitern, bereits diesmal reichhaltiger gestaltet, da dem Hefte eine Extrabeilage, enthaltend eine kurze Kritik der von H. Höfer in Reichenbach i. Schl. jüngst erschienenen Gedichte von Leonhard von Wimmersdorff aus der Feder des Mitgliedes A. Stanislas-Neustadt OS. beigegeben ist. — Unter den poetischen Producten des Octoberheftes finden wir manche neue Autoren, wie Barchewitz-Neisse, der die Nummer mit einem gedankenreichen Sonett „An die Künstler" eröffnet, Amanda Ullmann-Ohlau, Julius Lichtenstein-Glogau und Hans Grasberger-Gratz (Steiermark) als Gönner verzeichnet. — An den übrigen Beiträgen, deren sorgsame Auswahl die diesmalige Nummer zu einer der interessantesten und vorzüglichsten der „Monatsblätter" macht, sind die Mitglieder A. Stanislas-Neustadt OS., Ernst Röder-St. Johann (bei Saarbrücken), Dr. Karl Schramm, Paul Barsch-Hermsdorf bei Neisse, Max Heinzel-Neurode, Walter Sürel-Malmitz, Robert Müller-Wormditt, Stanislaus Artel, Liegnitz, G. A. Weiß-Liegnitz und Theob. Nöthig betheiligt. — Literarische Essays, Besprechungen neuer Erscheinungen auf dem heimathlichen Büchermarkte, kürzere Novellen und Humoresken (auch mundartliche) finden in den „Monatsblättern" Berücksichtigung und sind an die Adresse des Herrn Th. Nöthig-Breslau, Neue Matthiasstraße 7 I., zu senden.

—ch. **Görlitz**, 14. Octbr. [Studienerinnerungsfest und Schütt-Kaumann-Stiftung.] Aus Anlaß des 25. Jahrestages der Einweihung des Gymnasium und Realschule gemeinsam beherbergenden Schulgebäudes war eine Anzahl früherer Schüler beider Anstalten zusammengetreten, um ein Studienerinnerungsfest zu veranstalten und gleichzeitig ein Stipendium für beide Anstalten zu sammeln. Während von den hiesigen ehemaligen Schülern der Anstalten sich nur eine geringe Anzahl betheiligten, waren von auswärts aus Nah und weiter Ferne viele herbeigekommen, namentlich solche, die in den fünfziger und sechziger Jahren die Schulen besucht hatten. Vorgestern Abend fand im Saale des Tivoli eine Vorversammlung statt, an die sich ein Commers anschloß. In derselben hielt Superintendent Meißner eine Ansprache, die die alten Zeiten des Gymnasiums schilderte und darauf hinwies, daß eins geblieben sei, die Pietät gegen die Stätten, mit denen die Erinnerungen aus der Jugendzeit unzertrennlich verknüpft sind, die Pietät gegen die Lehrer, die den Schülern ihr Bestes gegeben. Wenn die Anwesenden in die Tiefen der Wissenschaft eingeführt seien, wenn sie gewöhnt seien zum Respect vor göttlicher und menschlicher Ordnung, zu ernster Arbeit, zur Treue im Kleinen, so dankten sie es zum großen Theile den Männern, die den Görlitzer Schulen Zierden gewesen. Diese Pietät habe sie heute vereinigt, sie möge sich forterben von Geschlecht zu Geschlecht. Er schloß mit einem Hoch auf die einem Stamm entsprossenen, unter einem Dach geborgenen Schulen, die noch vielen Geschlechtern zum Segen gereichen mögen. Von alten Lehrern der Realschule und des Gymnasiums waren Pastor em. Haupt, Oberlehrer Jehrisch und Turnlehrer Böttcher erschienen. Auf Vorschlag des Pastor Haude aus Leschnitz wurde dann beschlossen, das Stipendium, welches zum Andenken an dieses Fest gestiftet werden soll, Schütt-Kaumann-Stipendium in Erinnerung an die beiden geliebten und geehrten Directoren zu nennen, unter denen das jetzt 25 Jahre benutzte Schulhaus bezogen ist. Die Uebergabe des Stipendiums, für das gegen 2800 Mark eingegangen sind, erfolgte am gestrigen Morgen in der Aula. Bei dieser Feier, zu der sich von Görlitz selbst nur wenige frühere Schüler eingefunden hatten, hielt Pastor Brückner aus Friedersdorf die Rede und übergab die Stiftungsurkunde dem Oberbürgermeister Reichert mit der Bitte, die Verwaltung der Stiftung zu übernehmen, was dieser zusagte. Nachmittags fand ein Festmahl in Tivoli statt, das durch Toaste und Gesänge gewürzt war, und zu dem sich etwa 130 Theilnehmer eingefunden hatten. Während desselben machte Director Dr. Eitner den Vorschlag, die Studien-Erinnerungsfeste in kürzeren Zeiträumen, etwa alle 10 Jahre, stattfinden zu lassen. Unter den zum Feste Eingetroffenen war auch der erste Schüler der Realschule, Baurath Kaumann aus Breslau und dessen Bruder aus Moskau, die zu wiederholten Malen als die Söhne des unvergeßlichen Director Kaumann gefeiert wurden, sowie der Kanzler des deutschen Consulats in Singapore, O. Lohan. Besonders zahlreich waren ehemalige Realschüler aus der Niederlausitz vertreten. Mit einem Rendezvous schloß am heutigen Morgen das schöne Fest.

Z. **Kattowitz**, 14. October. [Gewerbeverein.] Vorgestern fand die erste Sitzung des hiesigen Gewerbevereins für das Vereinsjahr 1881/82 im Wimmer'schen Saale statt. Der Vorsitzende, Sanitätsrath Dr. Holtze, gab eine allgemeine Uebersicht über die Thätigkeit des 20jährigen Bestehens des Vereins und wünschte, daß die Betheiligung im neuen 21. Vereinsjahre eine regere würde, als in dem abgelaufenen Jahre. Hierauf erstattete der Vereinssecretär, Disponent Freund, den Geschäftsbericht, dem wir Folgendes entnehmen. Im abgelaufenen Jahre wurden 15 Sitzungen abgehalten. Die Gesammteinnahme der Vereinskasse im abgelaufenen Jahre beträgt 1453 Mark, die Ausgabe 1306 Mark. Das Vereinsvermögen beträgt 2457 Mark. Die Bibliothek zählt 882 Bände. Der Etat für das laufende Vereinsjahr wurde auf 940 Mark in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, mit dem Afrikareisenden Rohlfs wegen eines Vortrages in Verbindung zu treten. Bei der hierauf vollzogenen Vorstandswahl wurde Sanitätsrath Dr. Holtze einstimmig als Vorsitzender, als Ausschußmitglieder Rechnungsrath Embacher, Disponent Freund, Bergsecretär Seidel, Civilingenieur Nack, Buchhändler Siwinna, Gymnasial-Oberlehrer Zorn, Schneidermeister Rund, Dr. Löbinger, Klempnermeister Klemann und Bürgermeister Rüppel wieder und Wagenbauer Menzel neu gewählt.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

[Ueber das Verhalten der Gerichts-Vollzieher zu den Waaren-Auctionen] schreibt der „Reichs-Anzeiger": Es ist zur Kenntniß des Justizministers gekommen, daß Geschäftsleute sich nicht selten der Hilfe der Gerichts-Vollzieher zur Veranstaltung von Waaren-Auctionen bedienen, die nur zu dem Zweck veranstaltet werden, um entweder auf Credit entnommene Waaren in betrügerischer Absicht zu Schleuderpreisen zu versilbern oder schlechte und geringwerthige Waaren dem Publikum unter Umständen darzubieten, welche die Erzielung eines unverhältnißmäßig hohen Erlöses verheißen. Es darf angenommen werden, daß die Gerichtsvollzieher sich von der Auffassung leiten lassen, es sei nicht ihres Amtes, die Absichten, von denen ihre Auftraggeber bei derartigen Versteigerungen geleitet werden könnten, einer Prüfung zu unterziehen, und daß sie darum ihre Mitwirkung bei derartigen Versteigerungen im guten Glauben eintreten lassen. Allein die einfache Thatsache, daß eine Versteigerung durch einen Gerichtsvollzieher abgehalten wird, erzeugt die Gefahr, daß das Publikum im Vertrauen auf die amtliche Stellung des Versteigerungs-Beamten sich über den wahren Charakter der Verkäufe täuschen läßt und auf diese Weise durch die Mitwirkung der Gerichtsvollzieher dem bezeichneten Auctionsunwesen von Seiten unreeller Verkäufer indirect ein wirksamer Vorschub geleistet wird. Um eine solche Täuschung und Schädigung zu verhüten, sind die Gerichtsvollzieher durch eine Verfügung des Justizministers vom 29. v. Mts. angewiesen worden, bei der Uebernahme und Ausführung von freiwilligen Versteigerungen die nachstehenden Bestimmungen zu befolgen: 1) Dem Gerichtsvollzieher steht es zu, die Uebernahme freiwilliger Versteigerungen ohne Angabe von Gründen abzulehnen, die Ablehnung muß aber erfolgen, wenn die Vermuthung begründet ist, daß es sich um ein unreelles Auctionsgeschäft handelt. 2) Aus der Bekanntmachung des Versteigerungstermins muß deutlich ersichtlich sein, daß der Verkauf ein freiwilliger ist. Die Bekanntmachung darf keine Angaben enthalten, welche irgendwie geeignet sein könnten, über den Anlaß des Verkaufs, über die Beschaffenheit der zum Verkauf kommenden Gegenstände oder über die Person und die Verhältnisse des Auftraggebers einen Irrthum zu erwecken. 3) Freiwillige Versteigerungen dürfen in der Ausführung mit Zwangsversteigerungen nicht derart verbunden werden, daß das Publikum über den Charakter des Geschäfts in Unklarheit oder Irrthum versetzt werden könnte. 4) Die Versteigerung von Waaren eines Wanderlagers darf nur dann übernommen werden, wenn dem Gerichtsvollzieher die Entrichtung der Steuer für den Wanderlagerbetrieb nachgewiesen ist.

= **[Zur Frage der Communalbesteuerung öffentlicher Sparkassen.]** Die mit Allerhöchster Genehmigung zu A. errichtete landschaftliche Sparkasse ist seit dem Jahre 1873 von dem Magistrat daselbst mit ihrem Reingewinn zu den städtischen Abgaben herangezogen worden, wobei sowohl die Landschaft als die städtische Behörde von der Ansicht ausgegangen waren, daß die Sparkasse eine gewerbliche Gesellschaft mit juristischer Persönlichkeit darstelle. Nachdem jedoch durch den in der Ministerial-Instanz bestätigten Bescheid des Oberpräsidenten ausgesprochen worden war, daß die Sparkasse zur Entrichtung persönlicher Communalabgaben nicht verpflichtet sei, erhob dieselbe bei Gericht Klage auf Rückzahlung der vom Jahre 1873 ab entrichteten Communalabgaben. Die Stadt, vertreten durch den Magistrat, beantragte die Abweisung der Klage, weil die Interpretation der Bestimmungen der Städte-Ordnung seitens der Verwaltungs-Behörde eine unrichtige und, so weit es sich um die bereits bezahlten Beträge handle, für das Gericht nicht maßgebend sei. — Der demnächst von dem Ober-Präsidenten der Provinz erhobene Competenz-Conflict wurde damit begründet, daß die Entscheidung über die Rückforderung der geleisteten Zahlungen davon abhängig sei, ob die Klägerin auf Grund der Gemeinde-Verfassungsgesetze zu den Communallasten heranzuziehen war, die Entscheidung dieser Frage aber zur Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden gehöre. — Der Gerichtshof zur Entscheidung der Competenz-Conflicte hat den Rechtsweg in dieser Sache für unzulässig erklärt und die Entscheidung folgendermaßen begründet. Die Klägerin fordere Erstattung von Zahlungen, die sie in Folge eines Rechtsirrthums über ihre Verbindlichkeit geleistet haben will. Daß die in Frage stehenden Beträge als Communalabgaben erfordert und als solche von ihr gezahlt worden seien, sei außer Streit. Communalabgaben unterlägen aber den Vorschriften der §§ 78, 79, Tit. 14, Th. II A. L. R. Die Behauptung der Klägerin, auf welche ihre Klage sich stützte, sei also dahin aufzufassen, daß sie zur Entrichtung einer allgemeinen Anlage, welcher die Mitglieder einer gewissen Klasse der Einwohner des Staats nach der bestehenden Landesverfassung unterworfen sind, nicht verbunden sei. Ueber eine derartige Behauptung sei nach den angeführten Gesetzen das rechtliche Gehör nur gestattet, wenn einer der besonderen Gründe der §§ 4 und 8 a. a. O. geltend gemacht werde. Letzteres sei hier nicht der Fall. Der Umstand aber, daß der Klageantrag auf Rückzahlung der gezahlten Abgaben, nicht auf Anerkennung der Abgabenfreiheit gerichtet ist, erscheine einflußlos, weil die Verbindlichkeit der Beklagten zur Rückzahlung nur als eine rechtliche Folge der anerkannten Abgabenfreiheit ausgesprochen werden könne, diese daher zunächst festgestellt werden müsse. Dürfe nun diese Feststellung nicht im Rechtswege stattfinden, so könne auch der Rechtsweg über eine Verbindlichkeit, welche diese Feststellung zur nothwendigen Voraussetzung habe, nicht zugelassen werden.

[Für „Geschlossene Gesellschaften.“] Der Strafsenat des Kammergerichts fällte am Donnerstag über eine für weite Kreise, namentlich aber für alle unter den Begriff „Geschlossene Gesellschaft“ fallenden Vereine interessante Anklage die Entscheidung. Der Thatbestand ist folgender: In Magdeburg besteht eine Gesellschaft „Römerbund“, deren Mitglieder durch Statuten vereinigt sind. Die Gesellschaft hat von einem dortigen Restaurateur ein Zimmer gemiethet, welches ihr wöchentlich einmal an einem bestimmten Tage und zu bestimmter Zeit zur Verfügung steht. Am 18. October 1880 veranstaltete nun der Vorstand der Gesellschaft einen Ball in einem anderen Locale, ohne hierzu die polizeiliche Genehmigung einzuholen. Auf Grund dessen wurden die drei Vorstandsmitglieder wegen Verletzung der Polizeiordnung vom 13. December 1833 angeklagt, vom Schöffengericht aber freigesprochen, weil letzteres der Ansicht war, daß geschlossene Gesellschaften — und hierzu sei der „Römerbund“ zu zählen, da er Statuten und ein eigenes Local besitze — auch in dem Saal nicht der polizeilichen Genehmigung bedürfen, wenn sie eine Tanzlustbarkeit außerhalb ihres Gesellschaftslocals veranstalten. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft erkannte jedoch die Strafkammer des Landgerichts Magdeburg abändernd auf 5 M. Geldstrafe gegen jeden der Angeklagten, indem sie in Rücksicht auf die Localfrage den „Römerbund“ überhaupt für gar keine geschlossene Gesellschaft im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen hielt. Unter dem Besitz eines „besonderen Locals“, wie solches nach jenen Bestimmungen für eine geschlossene Gesellschaft unbedingt erforderlich sei, könne nicht das vorübend zugestandene Recht auf Benutzung eines Locals an einem bestimmten Tage oder Abend, sondern nur ein solches verstanden werden, welches lediglich dem Verein zur Verfügung steht, sei es eigenthümlich, sei es miethsweise. Hiergegen legten die Angeklagten Revision ein, die vom Justizrath Wilke vor dem Kammergericht vertreten wurde. Derselbe hob zunächst im Audienztermin hervor, daß der Vorderrichter den Begriff „besonderes Local“ zu eng aufgefaßt habe, und daß ferner alle Polizeiverordnungen über die in Rede stehenden Fragen nur in soweit Geltung haben könnten, als sie einem zur Zeit der „neuen Aera“ von dem damaligen Minister Grafen v. Schwerin an die Regierungen erlassenen Rescript nicht widersprechen. Dieses Rescript lautet folgendermaßen: „S. K. H. der Prinz-Regent hat aus Anlaß eines von mir über anderweite Regulirung der Tanzlustbarkeiten gehaltenen Vortrags zu bestimmen geruht, daß Tanzlustbarkeiten, welche von Privat- oder sogenannten geschlossenen Gesellschaften gegen Erhebung eines Eintrittsgeldes veranstaltet werden, als öffentliche nur dann betrachtet werden sollen, wenn die Gesellschaft eben zu dem Zweck, die Tanzlustbarkeit zu veranstalten, zusammentritt, nicht aber, wenn sie bereits anderweitig besteht und die Tanzlustbarkeit für ihre Mitglieder und etwaige Gäste derselben nur gelegentlich neben den Zwecken, welche sie sonst verfolgt, wenn auch gegen besonderes Eintritts- oder Tanzgeld veranstaltet. — Hiervon setze ich die kgl. Regierung mit der Auflage in Kenntniß, sich die obige Allerh. Bestimmung bei dem etwaigen Erlaß bezüglicher Polizeiverordnungen zur Richtschnur zu nehmen und die bereits erlassenen Verordnungen mit dieser Allerh. Bestimmung in Einklang zu setzen. Berlin, den 29. November 1859.“ — Das Kammergericht erkannte hierauf dahin, daß das Erkenntniß des Vorderrichters aufzuheben und die Angeklagten für nichtschuldig zu erklären seien. Festgestellt sei, daß die qu. Gesellschaft durch Statut vereinigt war und daß sie ein Local gemiethet hatte, wo sie wöchentlich Zusammenkunft hielt. Wenn die Polizeiverordnung nun noch ein „besonderes Local“ als nothwendigen Besitz einer geschlossenen Gesellschaft zur Voraussetzung habe, so könne hieraus nicht entnommen werden, daß das Local zu jeder Zeit zur Disposition der Gesellschaft stehen müsse, es genügt vielmehr, wenn das Local zu bestimmter Zeit zur ausschließlichen Disposition der Gesellschaft stehe. Hiernach sei der „Römerbund“ eine geschlossene Gesellschaft. Allerdings habe er den Ball nicht innerhalb seines ständigen Locals, sondern außerhalb desselben gehalten, doch gehe aus einer Verfügung der Regierung vom Jahre 1860 (dieselbe ist eben in Folge jenes Ministerialrescripts erlassen) hervor, daß geschlossene Gesellschaften, auch wenn sie zu vorgedachtem Zweck ausnahmsweise ein anderes Local benutzen, der polizeilichen Genehmigung nicht bedürfen.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Baden-Baden, 14. Oct. Zu dem gestrigen Diner bei Sr. Maj. dem Kaiser waren der Staatsminister Turban, zu dem vorgestrigen die Prinzen Hermann und Gustav von Weimar geladen. Heute werden der Kaiser und die großherzoglich badische Familie das Diner bei der Herzogin von Hamilton einnehmen.

Köln, 14. Oct. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Wien von heute gemeldet: Wenngleich das umlaufende Gerücht, Graf Taaffe habe seine Entlassung erbeten, noch unbegründet sei, so werde doch die Stellung des Grafen Taaffe von der Wahl eines neuen Ministers des Auswärtigen entschieden beeinflußt. Die Ernennung eines Ministers des Auswärtigen, der das Programm des Grafen Taaffe mißbillige, werde das Entlassungsgesuch des Grafen Taaffe alsbald zur Folge haben. Noch habe Graf Taaffe das vollste persönliche Vertrauen des Monarchen als erster Berather in der jetzigen ministeriellen Krisis. Das Provisorium mit formeller Verantwortung des Reichs-Finanzministers Szlavy und Führung der Geschäfte durch den Sections-Chef v. Kallay werde wahrscheinlich bis zum Schlusse der Delegationen dauern.

München, 14. Oct. Der Schriftsteller Dr. Martin Schleich ist gestern Abend gestorben.

Wien, 14. October. Der Kaiser empfing eine Deputation des evangelischen Oberkirchenraths, welche anläßlich der Säcularfeier des Toleranzpatents eine Festschrift überreichte. Auf die Ansprache der Deputation, worin dieselbe der Gesinnung unverbrüchlicher Treue Ausdruck gab, erwiderte der Kaiser: Er sei überzeugt, die evangelische Kirche, deren Wohl ihm sehr am Herzen liege, werde ihre Anhänglichkeit an das Kaiserhaus wie bisher jederzeit bewahren. Der Kaiser entließ die Deputation mit herzlichem Danke und dem Wunsche, den kaiserlichen Gruß an ihre Glaubensgenossen zu übermitteln. Die Deputation wurde sodann vom Ministerpräsidenten und Cultusminister sehr freundlich empfangen.

Rom, 14. Oct. Obgleich die russischen Unterhändler ihrer Zeit die Abreise nach Petersburg motivirten, daß sie neue Instructionen einholen müßten und Ende November zurückzukommen versprachen, hat der Vatican doch nicht viel Hoffnung daß die Verhandlungen zum Ziele führen. Man spricht von dem nahen Abschlusse eines Concordats mit Rumänien. — Der apostolische Vicar in Centralafrika Geograph und Egyptologe Canboni ist in Cairo gestorben. — Der Botschafter Launay ist eingetroffen. Fortwährend treffen italienische Pilger ein. Der Papst empfing dieselben am Sonntag. — Die Freunde Renans beabsichtigen Renan ein Bankett zu geben. — Die „Agencia Stefani“ meldet aus Cairo: Die egyptische Regierung sei geneigt den Reclamationen Italiens wegen der Niedermetzelung der Expedition Giulietti zu entsprechen. — Das Transportschiff „Europa“ ist am 13. October glücklich in Batavia eingetroffen. — Nigra reist Montag nach Monza ab. — Die „Agencia Stefani“ erklärt die Blättermeldung, es seien Bestimmungen und Abmachungen für die Begegnung des Königs mit dem österreichischen Kaiser getroffen, für eine pure Conjectur.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(Die telegr. Course aus Paris, London, Liverpool und Newyork vom 14. October sind nicht eingetroffen.)

Frankfurt a. M., 14. Octbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 46. Pariser Wechsel 80, 48. Wiener Wechsel 172, 65. Köln-Mindener Stamm-Actien —. Rheinische Stamm-Actien —. Hessische Ludwigsbahn 99⅝. Köln-Mind. Prämien-Anth. 130¼. Reichsanleihe 101⅛. Reichsbank 154⅜. Darmstädter Bank 172⅜. Meininger Bank 104¼. Oesterr.-Ungarische Bank 718, —. Credit-Actien 318½. Wiener Bankverein 123¼. Silberrente 66⅞. Papierrente 66⅛. Goldrente 81¾. 4% Ung. Goldrente 78¼. 1860er Loose 124¾. 1864er Loose 328, —. Ung. Staatsloose 238, —. Ung. Ostbahn-Oblig. II. 95½. Böhmische Westbahn 275⅜. Elisabethbahn —. Nordwestbahn 201¼. Galizier 283¼. Franzosen 309½. Lombarden 144⅜. Italiener 89¾. 1877er Russen 91½. 1880er Russen 75⅜. II. Orientanleihe 60⅞. III. Orientanleihe 60⅝. Central-Pacific 112. Buschtiehrader — —. Ungar. Papierrente — —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —, —. Privat-Discont — pCt. Spanier —. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 318½. Franzosen 309. Galizier 283⅜. Lombarden 144. Oesterr. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —.

Hamburg, 14. October, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 101¼, Hamburger St.-Pr.-A. —, Silberrente 66⅞, Oest. Goldrente 81⅞, Ung. Goldrente 78, 1860er Loose 126¼, Credit-Actien 318½, Franzosen 773, Lombarden 358, Ital. Rente 89¼, 1877er Russen 91¼, 1880er Russen 73¾, II. Orient-Anl. 58¾, III. Orient-Anl. 58⅝, Laurahütte 127½, Norddeutsche 188, 5% Amerik. —, Rhein. Eisenb. — —. do. junge —, Bergisch-Märkische do. 122½, Berlin-Hamburg do. 299. Altona-Kiel do. 189½. 5procent. österr. Papierrente —. Discont 5¼ %. — Still.

Silber in Barren per Kilogr. 154, 75 Br., 154, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 25 Br., 20, 19 Gd., London kurz 20, 49 Br., 20, 41 Gd., Amsterdam 166, 80 Br., 166, 20 Gd., Wien 171, — Br., 169, — Gd., Paris 79, 80 Br., 79, 40 Gd., Petersburg 215, — Br., 211, — Gd., Newyork kurz 426 Br., 416 Gd., do. 60 Tage Sicht 421 Br., 411 Gd.

Hamburg, 14. Octbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen pr. October-Novbr. 233, 00 Br., 232, 00 Gd., pr. April-Mai 222, 00 Br., 221, 00 Gd. Roggen pr. October-Novbr. 178, 00 Br., 176, 00 Gd., pr. April-Mai 165, — Br., 163, — Gd. Hafer still. Gerste matt. Rüböl fest, loco 56, —, pr. October 56, —. Spiritus matt, pr. October 49¼ Br., pr. Novbr.-Decbr. 47 Br., pr. Dec.-Jan. 46¾ Br., pr. April-Mai 44½ Br. Kaffee matt, Umsatz 2000 Sack. Petroleum befestigt, Standard white loco 8, 25 Br., 8, 10 Gd., pr. October 8, 10 Gd., pr. Novbr.-Decbr. 8, — Gd. Wetter: Veränderlich.

Posen, 14. Octbr. Spiritus pr. October 53, 10, pr. November 51, 50. pr. December 50, 70, pr. April-Mai 51, 70. Gekündigt — Liter. Flau.

Petersburg, 14. Octbr., Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 26, do. Hamburg 3 M. 221½, do. Amsterdam 3 M. 130⅞, do. Paris 3 Mon. 273¾, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 224¼, do. de 1866 (gest.) 219, Russ. Anl. de 1873 —, —, Russ. Anl. de 1877 —, ½-Impérials 7, 64, Große Russ. Eisenbahnen 256, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 127⅛, II. Orient-Anleihe 90¾, III. Orient-Anleihe 90¾, Privatdiscont 6 %.

Petersburg, 14. Octbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 58, 50, per Octbr. 60, 00. Weizen loco 16, 50. Roggen loco 12, 00. Hafer loco 5, 50. Hanf loco 31, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 15, 25. — Wetter: Regen.

Pest, 14. Octbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco angenehmer, auf Termine ruhig, pr. Herbst 12, 50 Gd., 12, 55 Br., pr. Frühjahr 13, 15 Gd., 13, 17 Br. Hafer pr. Herbst 7, 85 Gd., 7, 90 Br. Mais pr. Mai-Juni 7, 37 Gd., 7, 40 Br. Kohlraps —. Wetter: Trübe.

Paris, 14. Octbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend, pr. October 32, 25, pr. November 32, 10, pr. November-Februar 32, 10, per Januar-April 32, 10. Roggen ruhig, pr. October 22, 50, pr. Januar-April 22, 50. Mehl, 9 Marques, weichend, pr. October 67, 75, pr. November 68, 00, pr. November-Februar 68, 10, pr. Januar-April 68, 25. Rüböl ruhig, pr. October 76, 00, pr. November 76, 00, pr. December 76, 25, pr. Januar-April 76, 75. Spiritus fest, pr. October 65, 25, pr. November 65, 25, pr. December 65, 25, pr. Januar-April 65, 00. — Wetter: Regnerisch.

Paris, 14. Octbr., Nachmittags. Rohzucker 88° loco fest, 56, 25 bis 56, 50. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. October 64, 25, per November 64, 25, per October-Januar 64, 50.

Antwerpen, 14. Octbr., Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19¼ bez. u. Br., per November 19¼ bez., 19½ Br., per November-December 20 Br., per Januar 20¼ bez. u. Br. Ruhig.

Bremen, 14. October, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 85—7, 80 bez., per November 7, 95 bez., per December 8, 10 Br., per Januar 8, 10 Br., per Februar 8, 05 Br., per März 8, 00 Br.

Handel, Industrie ꝛc.

Berlin, 14. Oct. [Börse.] Obgleich die publicirten Wochenausweise der englischen und französischen Hauptbank ein beredtes Zeugniß für die gespannte Situation des Geldmarktes ablegen, erhielt sich die feste Stimmung auf der Tagesordnung. Die Speculation escomptirte in ihrer Haltung die aus Newyork vorliegenden, etwas günstiger lautenden Wechselnotirungen sowie den gestern bei der Bank von England stattgehabten Goldeingang in Höhe von 110,000. Pfd. Sterl. Ueberdies gab man sich der Hoffnung hin, daß die in London erwarteten Zufuhren von holländischem und russischem Gold dem Goldmarkt eine Erleichterung verschaffen und weitere Discontoerhöhungen abwenden dürften. Die Zuversichtlichkeit der Speculation kam, wie schon gestern, weniger der geschäftlichen Regsamkeit als den Coursen zu gute. Die letzteren konnten etwa auf gestrigem Niveau einsetzend, in den Hauptwerthen späterhin wesentlich anziehen, während der Verkehr nur in vereinzelten Momenten größere Dimensionen annahm. Auf dem Speculationsgebiete verkehren österreichische Creditactien per Ultimo zu 639,50 bis 39—41,50—640. Franzosen fingen mit 623,50 an und schließen 620. Lombarden notirten 295—96 etwas bezahlt und 289,5 Brief. Auf dem einheimischen Eisenbahnactienmarkte standen Marienburg-Mlawka im Vordergrunde des Verkehrs. Der Handel in denselben gestaltete sich bei abermals procentweise steigenden Coursen so schwunghaft, daß durch denselben die Aufmerksamkeit der Speculation von den übrigen Papieren vollständig abgelenkt wurde. Oberschlesische und Bergische blieben gut gehalten. Für Stammprioritäten bestand in einzelnen Fällen sehr reges Interesse. Dies gilt insbesondere von Dresdener, Ostpreußen, Marienburg-Mlawka und Creutzburger. Von den österreichischen Bahnen erzielten Dux-Bodenbacher eine erheblichere Avance. Neben ihnen wurden noch Galizier zu etwas besserer Notiz zeitweise lebhaft umgesetzt. Nordwest- und Elbethalbahn, fest eröffnend, konnten im weiteren Verlaufe die Anfangsnotirungen nicht behaupten. Auf dem Markte für einheimische Capitaleffecten ging es rührig zu. Deutsche Prioritäten waren zu den letzten Notirungen gut zu lassen. Weniger fest lagen Staatsanleihen, von denen einzelne offerirt blieben, ohne daß dadurch ein nennenswerther Coursdruck ausgeübt worden wäre. Pfand- und Rentenbriefe und Hypothekencertificate vernachlässigt. Die Umsätze in ausländischen Fonds bewegten sich wieder in den bescheidensten Grenzen, deren Course hielten sich meist auf dem gestrigen Niveau. Für ungarische 4proc. Goldrente bestand vorübergehend einiger Begehr, russische Anleihen und russische Noten verharrten bewegungslos auf ihrem gestrigen Standpunkt. Auf dem localen Speculationsmarkte eröffneten Banken wenig angeregt. Bald nach Beginn aber entwickelte sich ein äußerst lebhaftes Geschäft zu steigenden Coursen in Discontoantheilen, denen sich später auch Deutsche Bankactien anschlossen. Für Montanwerthe war die Tendenz anfänglich fest, später unentschieden. Der Verkehr entwickelte sich in Laura und Dortmunder zeitweise ziemlich lebhaft, doch vermochten beide Papiere ihren letzten Schlußcours nicht voll zu behaupten. Industriepapiere lagen ziemlich fest. Oelheim-Actien erfuhren eine abermalige Wertherhöhung von 5 pCt. Privatdiscont 5¼ pCt.

Um 2½ Uhr: Fest. Lombarden 291,50, Franzosen 620,50, Credit 641,50, Dortmunder Stamm-Prior. 104,75, Laurahütte 127,75, Darmstädter Bank 172,00, Deutsche Bank 172,00, Disconto-Commandit 230,75, Wiener Bankverein 248,50, Bergische 122,75, Freiburger 102,25, Mainzer 99,50, Rechte-Oderuferbahn 167,00, Oberschlesische 247,75, Galizier 142,00, Buschtiehrader 79,50, Rumänier 103,25, Oesterr. Goldrente 81,62, do. Silberrente 67,12, do. Papierrente 66,12, Ungar. Goldrente 102,50, Italiener 90,12, Russen, alte 90,62, do. neue 93,50, do. 1880er 75,25, Ungarische Investitionsanleihe 94,00, Russische Noten 218,00, do. II. Orient 61,00, do. III. Orient 60,87, Ungar. Escompte 216,50, Neue Ungarn 78,12.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberr.-Coup. 172,50 bez., do. Eisenb.-Coup. 172,50 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 30 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,21 G., do. Eisenb.-Prior. 4,21 G., do. Papier-Dollar 4,21 G., 6% New-York-City 4,21 G., Russ. Centr.-Bod. min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pf. k. Pet., Poln. Papier und verl. min. 60 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,51 bez., 22er Russen —, —, Große Russische Staatsbahn —,—, Russ. Boden-Credit —,—, Warschau-Wiener Comm. —,—, Warschau-Terespol —, 3% u. 5% Lombarden min. — Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Lstrl.-Oblig. 20,41 bez.

Berlin, 15. Oct. [Hypotheken- und Grundbesitz-Bericht von Heinrich Fränkel.] Nach Feststellung der Auflassungen sind im Monat September durch freihändigen Verkehr 139 (wobei 121 bebaute, 18 unbebaute Grundstücke), durch Zwangsverkauf 37 Eigenthums-Uebertragungen bei dem Berliner Grundbesitz erfolgt. Nach einem kleinen Anlauf zur Besserung im Geschäft, der sich Anfangs des Monats gezeigt, ist sehr bald wieder größere Trägheit eingetreten. Die Umsätze, denen die Absicht dauernden Besitzes zu Grunde liegt, sind gering. Der Erwerb von Häusern bleibt wesentlich hinter der Production zurück, wodurch die Unternehmer, indem sie die fertigen Bauten an sich behalten, ihre Kräfte in speculativer Weise zu sehr anstrengen. Zur dauernden Besserung der Situation ist der generelle Eintritt besserer Erwerbs-Verhältnisse erforderlich. — Am Hypothekenmarkte herrscht jetzt vollständiger Stillstand, nachdem beim Quartals-Uebergange ziemlich zahlreiche Abschlüsse, meist zu Zins-Convertirungs-Zwecken, stattgefunden hatten. Die eingetretene Geldknappheit und die Erhöhung des Bankdisconts scheinen vor Allem den Strom auswärtigen Anlage-Capitals nach hier etwas zu hemmen, weil das Publikum momentan sich jedenfalls im Einkauf von Pfandbriefen auswärtiger Institute zurückhaltender zeigt. Die Zinssätze sind unverändert. Erststellige gute Sicherheiten 4½ Procent, für Objecte zweiter und dritter Klasse 4¾—5 pCt. Zweite Eintragungen innerhalb Feuerkasse nach Beschaffenheit 5—5½—6 pCt. und darüber. Amortisations-Hypotheken in besseren Stadttheilen 4¼ pCt. und ½ pCt. für Amortisation, sonst 5¼ pCt. incl. Amortisation. Erststellige Guts-Hypotheken à 4½—4¾—5 pCt. mit und ohne Amortisation. Der Verkehr in Landgütern ist recht still. Es wirken hier dieselben Ursachen, wie beim städtischen Grundbesitz, nämlich die mangelnde Rentabilität in Folge der unmotivirten Preissteigerung der letzten 10 Jahre. Wo eine Berechtigung zur Steigerung anerkannt wird, liegen besondere industrielle Verhältnisse vor, wie zum Beispiel in Zuckerrüben-Districten. So bezahlt man in Kujavien für kleine und mittlere Güter, Dank den neu entstehenden Zuckerfabriken, willig 450—500 Mark pro Morgen. Verkauft wurden: Rittergut Klepary, Kreis Inowrazlaw; Rittergut Groß-Benkenhagen, Kreis Grimmen; Gut Adl.-Liebenau, Kreis Marienwerder; Gut Stuthof, Kreis Kulm; Gut Haus Lopatken, Kreis Graudenz.

Berlin, 13. October. [Versicherungsgesellschaften.] Der Cours versteht sich in Mark per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Procenten des Baareinschusses.

Name der Gesellschaft.	Div. pr. 1879.	Div. pr. 1880.	Appoints à	Einzahlung.	Cours.
Aachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	70	70	1000 Thl	20%	8460 G.
Aachener Rückversich.-Ges.	45	45	400 „	„	2225 G.
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	30	25	500 „	„	1000 G.
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	24	22	1000 „	„	1925 G.
Berl. Hagel-Assecuranz-Ges.	10	5	1000 „	„	685 B.
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	26⅚	27½	1000 „	„	3020 G.
Berlin-Kölner Feuer-Vers.-Ges.	7½	0	1000 „	40%	—
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	55	1000 „	20%	7075 B.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	16	1000 „	„	1955 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	8⅓	9	1000 „	„	925 G.
Deutscher Lloyd	12½	16⅔	1000 „	„	980 G.
Deutscher Phönix	35	31½	1000 500 Fl	„	1817 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	0	—	1000 Thl	„	300 G.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	50	1000 „	10%	1650 G.
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	30	15	1000 „	„	1100 B.
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	40	37½	1000 „	20%	4650 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	10	12½	1000 „	„	950 G.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	13⅓	13⅓	500 „	„	765 G.
Gladbacher Feuer-Versich.-Ges.	5	0	1000 „	„	805 B.
Kölnische Hagel-Versich.-Ges.	14	0	500 „	„	309 B.
Kölnische Rückversich.-Ges.	12	10	500 „	„	520 B.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	100	50	1000 „	40%	11000 G.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	5	7⅔	100 „	voll	388 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	30	25	1000 „	20%	2490 B.
Magdeburger Hagel-Vers.-Ges.	20	0	500 „	40%	288 B.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	6	10	500 „	20%	460 B.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	11	11	100 „	voll	610 G.
Niederrh. Güter-Assec.-G. zu Wesel	30	10	500 „	10%	670 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	12	12½	1000 „	20%	1185 G.
Oldenburger Versich.-Ges.	0	5	500 „	„	298 B.
Preuß. Hagel-Versich.-Ges.	20	0	500 „	„	280 B.
Preuß. Lebens-Versich.-Ges.	11	12½	500 „	„	540 B.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	18	15	400 „	25%	848 B.
Providentia, V.-G. zu Frankf. a. M.	14 7/12	18⅔	1000 Fl.	10%	—
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	22	8	1000 Thl	„	620 G.
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	7½	0	500 „	„	—
Sächsische Rückversich.-Ges.	50	50	500 „	5%	480 B.
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	22	17	500 „	20%	1000 B.
Thuringia, Versich.-G. zu Erfurt	13⅓	13⅓	1000 „	„	1300 G.
Transatlant. Güter-Vers.-Ges.	20	15	1500 M.	„	590 G.
Union, allg. deutsche Hagel-Versich.-Ges. in Weimar	11	0	500 Thl	„	245 G.
Victoria zu Berlin, Allgem. Vers.-Actien-Ges.	20⅔	21⅙	1000 „	„	2450 G.
Westd. Feuer-Versich.-Actienbank	8	0	1000 „	„	—

Berlin, 13. October. [Producten-Bericht.] Die Stimmung für Getreide war heut vorwiegend fest, aber der Verkehr blieb ohne größere Ausdehnung. Die Terminpreise für Weizen und Roggen stellten sich neuerdings etwas höher, während diejenigen für Hafer ohne Aenderung gegen gestern blieben. Effective Waare notirte im Allgemeinen etwas höher. Gek. Weizen 14,000, Roggen 2000 Ctr. — Roggenmehl war etwas höher im Werthe. — Für Rüböl mußten etwas bessere Preise angelegt werden. Gek. 2000 Ctr. — Mit Spiritus war es matter und mußten namentlich die nahen Termine billiger erlassen werden.

Weizen loco 220—250 Mark pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, per October 235—235½—235 Mark bez., per October-November 226½ bis 227 Mark bez., per November-December 225—225½—225 Mark bez., per April-Mai 224½—225 M. bez. — Roggen loco 190 bis 194 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, neuer inländischer 190—192 Mark ab Bahn bez., feiner do. 193 M. ab Bahn bez., per October 188½ bis 190 M. bez., per October-November 178½—180¾ M. bez., per November-Decbr. 174¼—175¾ M. bez., per April-Mai 168½—169 M. bez. — Mais loco 151 bis 156 M. nach Qualität per 1000 Kilogr. gefordert, per Octbr., October-November u. November-December 148 Mark nom., per April-Mai 142½ Mark nom. — Gerste loco 158 bis 200 Mark per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 148 bis 170 Mark per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 150 bis 158 Mark bez., russischer 150 bis 153 Mark bez., pommerscher und mecklenburgischer 150 bis 155 Mark bez., schlesischer 150 bis 158 Mark bez., böhmischer 150 bis 158 M. bez., feiner schlesischer und böhmischer 161 bis 163 Mark bez., per October 149½ M. bez., per October-November 147½ Mark bez., per Novbr.-December 147 Mark bez., per April-Mai 150 Mark nom. — Erbsen, Kochwaare 189 bis 210 Mark per 1000 Klgr., Futterwaare 173 bis 188 Mark per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 30,50 bis 29,50 Mark bez., Nr. 0 und 1 29,50—28,00 Mark bez., Roggenmehl Nr. 0 27,00 bis 26,00 Mark bez., Nr. 0 und 1 25,50 bis 24,50 Mark bez., per October 25,20—25,30 M. bez., per October-November 24,30—24,60 Mark bez., per November-December 23,80 bis 24,00 M. bez., per April-Mai 23,00—23,15 Mark bez. — Oelsaaten. Raps 254—267 M. bez., Rübsen 250 bis 263 M. bez. — Rüböl loco 53,8 Mark bez., ohne Faß 53,1 M. bez., per October 53,8 bis 53,6 M. bez., per Oct.-November 53,8 bis 53,6 Mark bez., per November-December 53,8—53,6 Mark bez., per April-Mai 55,3—55,4—55,3 Mark bez. — Leinöl loco 63 Mark bez. — Petroleum loco incl. Faß 25,5 Mark bez., per October und October-November und November-December 25 M. bez., per December-Januar 25,6 M. bez.

Spiritus loco ohne Faß 56,2 Mark bez., per October 55,6—55,8 bis 55,6 Mark bez., per October-November 53,9—53,7—53,8 Mark bez., per November-December 52,7 bis 52,8 bis 52,7 M. bez., per April-Mai 53,6—53,4 bis 53,5 Mark bez. — Die heutigen Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf 235 Mark per 1000 Klgr., für Roggen auf 189 M. per 1000 Klgr., für Rüböl auf 53,7 M. per 100 Klgr.

Natibor, 12. October. [Marktbericht von E. Lustig.] Wetter: Schön. Der Verkehr am heutigen Wochenmarkte war recht lebhaft, doch erstreckte sich die Zufuhr meistens auf Gemüse und Kartoffeln, während Getreide mäßig zugeführt war, da indessen die Stimmung für letzteres ruhig blieb, so wurden unverändert die vorwöchentlichen Preise gezahlt. Es ist zu notiren: Weizen 20,00—21,50 M., Roggen 17,00—17,50 Mark, Gerste 14,50—16,00 Mark, Hafer 13,00—14,40 Mark pro 100 Kilogramm.

Berliner Börse vom 14. October 1881.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	101 60 G
Consolidirte Anleihe	4½	105 70 bz
do. do. 1876	4	101,00 B
Staats-Anleihe	4	100 75 B
Staats-Schuldscheine	3½	99 00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	146 10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102 50 bzG
Pfandbriefe. Berliner	4½	103 75 bz
Pommersche	3½	91 10 bz
do.	4	100 50 G
do.	4½	101 25 bz
do. Lndch. Crd	4½	— —
Posensche neue	4	100 00 G
Schlesische	3½	— —
Lndsch. Central	4	100,50 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	100,75 bz
Pommersche	4	100,40 bz
Posensche	4	100,10 B
Preussische	4	100 30 bz
Westfal. u. Rhein.	4	100,60 B
Sächsische	4	100 25 bzG
Schlesische	4	101,00 bzG
Badische Präm.-Anl.	4	134,50 G
Baierische Präm.-Anl.	4	136,00 B
do. Anl. v. 1875	4	101 20 G
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	130,00 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	80,60 G

Hypotheken-Certificate.

KruppschePartial-Obl.	5	109 80 bzG
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	107,00 bzG
do. do.	5	100,25 G
DeutscheHyp.-Bk.-Pfb	4½	102,30 bz
do. do. do.	5	103,50 bzG
Unk. Cnt.-Bd.-Cr. (1872)	5	106,50 G
do. rückzb. à 110	5	115,60 G
do. do. do.	4½	107,80 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	110.00 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	102,90 bz
Hyp-Anth. Nord. G-C-B	5	100 20 G
do do. Pfandbr.	5	100 50 B
Pomm. Hyp.-Briefe	5	108,00 B
do. do. II. Em.	5	104,50 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	122 10 bz
do. do. II. Em.	5	119 80 G
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	108 00 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	104 25 bzG
do. 4% do. do. m. 100	4	96 40 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	120 60 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-G.	5	— —
Schl. Bodencr.-Pfdbr.	5	104,00 bzG
do. do.	4½	106 00 B
Südd. Bod.-Crd.-Pfdb.	5	102,70 bz
do. do.	4½	101,30 B

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.)	4⅕	67,10 bzB
do. (1./4.-1./10.)		67,20 bzG
do. Goldrente	4	81,60 bz
do. Papierrente	4⅕	66,15 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60	5	124 60 etbzG
do. Credit-Loose	fr.	346 00 bzB
do. 64er Loose	fr.	328 20 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	152 50 bzG
do. do. 1866	5	148,50 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	60 90 G
do. II. do. v. 1878	5	61 10 bzB
do. III. do. v. 1879	5	61-60 90 bz
do. Engl v. 1871	5	— —
do. do. v. 1872	5	90 50 B
do. Anleihe 1877	5	93,80 bzB
do. do. 1880	4	75,10-20 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85.90 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd	5	76 75 bzG
Russ. Poln. Schatz-Obl.	3	84 70 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	65,90 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57 20 bzB
Amerik. rückz. p. 1881	6	— —
do. 5% Anleihe	5	— —
Ital. 5% Anleihe	5	89 80 bzB
Raab-Graz. 100 Thlr.-L.	4	95,25 bz
Rumänische Anleihe	8	111,40 bz
Rumän. Staats-Oblig.	6	103,25 bzB
Türkische Anleihe	fr.	16 10 bz
Ungar. Goldrente	6	102,50 bzG
do. do.	4	78,20 bz
do. Papierrente	5	77 90 bz
do. Loose (M.p.St.)	fr.	238 30 G
Ung. Invest.-Anleihe	5	94 00 B
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	96,10 B
Finnische 10 Thlr.-Loose 51 00 G		
Türken-Loose 42 25 bzG		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	102 30 G
do. III. v. St. 3¼ g.	3½	94,00 G
do. do. VI.	4½	104,00 bzB
do. Hess. Nordbahn	5	102,50 G
Berlin-Görlitz conv.	4½	102 50 B
do. Lit. B	4½	— —
do. Lit. C	4½	102,50 B
Bresl.-Freib. Lit. DEF.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	102 70 G
do. do. J.	4½	102 70 G
do. do. K.	4½	102 70 G
do. von 1876	5	— —
Breslau-Warschauer	5	104 60 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	102 25 bzG
do. IV.	4	100 30 G
do. V.	4	100 25 B
Halle-Sorau-Guben	4½	103 00 B
Märkisch-Posener	4½	103 00 B
Niederschles.-Märk. I.	4	100,20 bzG
do. do. II.	4	99 75 G
do. Obl. I. u. II.	4	100 25 G
do. Obl. III.	4	100 50 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	100 25 B
do. D.	4	100 25 B
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	102 70 bzB
do. H.	4½	103 40 bz
do. von 1873	4	100 25 B
do. von 1874	4½	— —
do. von 1879	4½	104 75 bz
do. von 1880	4½	103 50 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	— —
do. Starg.-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	103 00 B
do. do. III. Em.	4½	103 00 B
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	102 75 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	96 90 B
do. do. in Pfd. Strl.	5	93 10 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	94 60 bzG
do. do. in Pfd. Strl.	5	93 00 B
Rjäsan-Koslow gar.	5	100 90 bz
Dux-Bodenbach	5	87 40 bz
do. II. Em.	5	85 10 bz
Prag-Dux	fr.	73,60 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94 25 G
do. do. neue	5	94 25 G
Kaschau-Oderberg	5	82 25 bzG
do. Gold-Prior.	5	99 00 B
Ung. Nordostbahn	5	78,90 G
Ung. Ostbahn	5	78,10 bz
Lemberg-Czernowitz	5	81,50 G
do. do. II.	5	85,00 G
do. do. III.	5	82,30 etbzG
do. do. IV.	5	81 30 bzG
Mährische Grenzbahn	5	74,00 G
Mähr.-Schles. Centralb.	fr.	47,00 bz
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	85,10 bz
Oesterr.-Französische	3	377,50 bz
do. do. II.	3	377 50 G
do. südl. Staatsbahn	3	287,20 bz
do. neue	3	286 75 bzG
do. Obligationen	5	99,70 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	100,30 G
Warschau-Wien II.	5	— —
do. III.	5	103 00 G
do. IV.	5	102 90 bzG
do. V.	5	102 90 bzG
do. VI.	5	103 10 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	4	168,35 bz
do. do.	2 M.	4	167,35 bz
London 1 Lstr.	8 T.	5	20,465 bz
do. do.	3 M.	5	20,24 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	80,50 bz
do. do.	2 M.	4	79,95 G
Petersburg 100 SR.	3 W.	6	216,60 bz
do. do.	3 M.	6	214,40 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	217 10 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,80 bz
do. do.	2 M.	4	171,70 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 314,00 G
Badische 35 Fl.-Loose 216,10 G
Braunschw. Prämien-Anleihe 102,20 bz
Oldenburger Loose 154,00 B

Ducaten — —	Dollar — —
Sover. 20,385 G	Oestr. Bkn. 173,00 bz
Napoleon 16,19 bzB	do. Silbergd. — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 218,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1879	1880		
Aachen-Mastricht	¾	¾	4	47,75 bzG
Berg.-Märkische	4¼	5 1/6	4	122,50 bz
Berlin-Anhalt	5	6	4	135,10 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	19,10 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	32,00 bzB
Berlin-Hamburg	12½	14¼	4	296,50 bzG
Berl.-Potsd-Magdb	4	—	4	— —
Berlin-Stettin	4¾	4¾	4¾	116,50 bzG
Böhm. Westbahn	6	7	5	137,25 bz
Bresl.-Freib.	4¾	4¾	4	102,10 bz
Cöln-Minden	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B	0	4	4	153,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	7 738	4	141,50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	22,25 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	4	64,60 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	73,60 G
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	206,25 bz
Märk.-Posener	0	0	4	33,30 bz
Magdeb.-Halberst.	6	6	6	— —
Mainz-Ludwigsh.	4	4	4	99,30 bzG
Niederschl.-Märk.	4	4	4	100,25 bz
Oberschl. A.C.D.E.	9 3/5	10 4/5	3½	247,25 bz
do. B.	9 3/5	10 4/5	3½	195,90 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	0	4	623,00-620,00
Oest. Nordwestb.	4	4⅕	5	401,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	295,00-289,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	61,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7 3/10	7 11/12	4	166,75 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	72,25 bz
Rheinische	7	6½	6½	162,00 etbzB
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	100.40 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	16,40 bz
Rumän. Eisenbahn	3 3/5	3⅓	3⅓	62,00 G
Schweiz Westbahn	0	0	4	32,50 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103.00 etbzB
Thüringer Lit. A.	8½	9½	4	211,75 bzG
Warschau-Wien	11 2/3	10	4	255,00 bzB
Weimar-Gera	4½	4½	4½	52 00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	51,60 bzG
Berlin-Görlitzer	3⅓	3⅓	5	96,90 bz
Breslau-Warschau	0	1½	5	53,75 G
Halle-Sorau-Gub.	3½	5	5	93,00 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	46 25 bzB
Märkisch-Posener	5	5	5	114,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	89,10 G
do. Lit. C.	5	5	5	125,10 bzG
Marienbrg.-Mlawa	5	5	5	103,10 bzG
Ostpr. Südbahn	5	2½	5	96,00 bz
Oels-Gnesen	0	0	5	47,90 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	2¾	5	67,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7 3/10	7 11/12	5	163,25 G
Rumänier	8	8	8	— —
Saal-Bahn	0	0	5	69,25 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	36,00 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	4	6	4	87,75 bz
Berl. Kassen-Ver.	8 9/10	9 9/10	4	199,50 G
Berl. Handels-Ges.	5	5½	4	121,50 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	4⅓	4½	4	75,00 B
Braunschw. Bank	4½	4 2/3	4	99.25 etbzG
Bresl. Disc.-Bank	5½	6	4	102,00 bzG
Bresl. Wechslerb.	6	6 2/3	4	110,60 bz
Coburg. Cred.-Bnk.	5	3	4	91 40 G
Danziger Priv.-Bk.	5	5½	4	110,00 G
Darmst. Creditbk.	9½	9½	4	172,20 bz
Darmst. Zettelbk.	5 1/6	5 1/6	4	111,40 B
Dessauer Landesb.	6½	7	4	120 50 G
Deutsche Bank	9	10	4	172,10 bz
do. Reichsbank	5	6	4½	154,40 G
do. Hyp.-B. Berl.	6	5¼	4	92.00 G
Disc.-Comm.-Anth.	10	10	4	229,75 bzB
do. ult.	10	10	4	229,75-230.50
Genossensch.-Bnk.	7	7¾	4	134,60 bzG
do. junge	7	—	4	— —
Goth. Grundcredb.	5	5½	4	99,00 bzB
do. junge	5	5½	4	98,00 bzG
Hamb. Vereins-B.	7	6 2/3	4	— —
Hannov. Bank	4½	5½	4	107,50 etbzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5	4	4	98,50 B
Lndw.-B. Kwilecki	4 2/3	5	4	76 00 G
Leipz. Cred.-Anst.	10	9	4	160,60 etbzG
Luxemburg. Bank	10	8½	4	141,75 bzG
Magdeburger do.	5⅕	5 4/5	4	117,00 bz
Meininger do.	0	5	4	104,25 bzG
Nordd. Bank	10	10	4	189,10 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	0	4	54 00 bz
Oberlausitzer Bk.	4⅓	5 5/6	4	98,60 G
Oest. Cred.-Actien	11¼	11¼	4	639 00-640,00
Ungar. Credit	12½	9¾	4	651,00 bz
Posener Prv.-Bank	7	7½	4	129,00 bzG
Pr. Bod.-Cr. Act.-B.	0	6 1/6	4	110,50 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	8½	4	125,25 bzG
Preuss. Immob.-B.	—	7½	4	114,25 bz
Sächs. Bank	6	6 1/6	4	127,00 bzG
Schl. Bank-Verein	6	6	4	112,60 bz
Wiener Unionsbk.	6	7	4	— —

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	12,00 G
Thüringer Bank	—	—	fr.	91,50 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	1,80 bzB
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	30.10 G
Nordd. Gummifab.	1½	0	4	56,00 B
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	2	2½	4	90,25 G
Schles. Feuervers.	22	17	fr.	1000 B
Bismarckhütte	12	5	4	101,00 bzG
Donnersmarkhütt.	1½	2	4	63,00 bz
Dortm. Union	0	—	4	18,25 bz
do. St.-P. Lit. A.	2	—	6	104,75 bzG
Königs- u. Laurah.	6½	4	4	127,75 bz
Lauchhammer	0	—	4	29,25 bzB
Marienhütte	4	0	4	58,50 G
Cons. Redenhütte	8	2	4	109,50 bzG
do. Oblig.	6	6	6	105,25 G
Schl. Kohlenwerke	—	7	4	109 25 bz
Schl. Zinkh.-Actien	5½	5½	4	98,90 bz
do. St.-Pr.-Act.	5½	5½	4½	104,50 bzG
do. Oblig.	5	5	5	106,50 G
Oppeln. Portl. Cem.	4¼	—	4	64,00 bzB
Groschowitzer do.	4	6½	4	77,40 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	74 25 bzG
Vorwärtshütte	0	0	4	44,00 B
Bresl. E.-Wagenb.	3⅓	6 2/3	4	94,00 etbzG
do. ver. Oelfabr.	7½	5½	4	80,00 G
do. Strassenb.	6¼	5½	4	— —
Erdm. Spinnerei	0	0	4	33,00 B
Görlitz. Eisenb.-B.	3	5	4	89,00 bzG
Hoffm.'s Wag.-Fabr	2	2	4	62,50 bzG
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	45,40 bzG
Schl. Leinenind.	6	—	4	98 25 G
do. Porzellan	2	0	4	23.25 G
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	31,90 B

Bank-Discont 5½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 6½ pCt.

* **Berlin**, 14. October. [Städt. Central-Viehhof.] Amtlicher Bericht. — Auftrieb: 374 Rinder, 1511 Schweine, 719 Kälber, 453 Hammel. Der kleine Markt verlief heute äußerst matt, für Rinder und Hammel sogar fast resultatlos, da von diesen Viehgattungen nur einzelne Stücken geringerer Qualität entnommen wurden, so daß hierfür kein Preis notirt werden kann. — Es lag dies zum großen Theil daran, daß bei dem sehr starken Auftrieb und den weichenden Preisen des verflossenen Montagsmarktes sich die meisten Schlächter schon damals ihren Bedarf für die ganze Woche angeschafft hatten. — Auch für Schweine zeigte sich nur lässiger Begehr und wird voraussichtlich auch hier starker Ueberstand verbleiben. — Beste Mecklenburger und Pommern fehlten ganz, für die anderen Racen hielten sich die Preise knapp auf der letzt erzielten Höhe, und zwar: Landschweine bester Qualität 55—57, Senger 51—54 M., Russen, die am Montage nicht zugetrieben waren, 48—52, Serben 53—56 M. pr. 100 Pfd. bei 20% Tara; Bakoniner 57—59 M. pr. 100 Pfd. und 40 und 45 Pfd. pr. Stück Tara. — Für Kälber begann das Geschäft gestern recht lebhaft, ließ aber schon gegen Abend etwas nach und ermattete heute noch mehr, so daß der Markt nur langsam geräumt werden wird. — Bessere Stücken, die nicht stark vertreten waren, erhielten 58—61, geringere 46—54 Pf. pr. 1 Pfund Schlachtgewicht.

Posen, 14. October. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne. Getreide- und Productenbericht.] Wetter: bewölkt. Für sämmtliche Cerealien bestand am heutigen Wochenmarkte gute Kauflust, und wurde die Zufuhr zu besseren Preisen geräumt. Laut Ermittelung der Markt-Commission wurden per 100 Klgr. folgende Preise notirt: Weizen 23,60 bis 21,60—20,80 M., Roggen 18,00—17,70—17,40 M., Gerste 15,80—15,10 bis 14,60 M., Hafer 15,10—14,60—14,10 M., Erbsen, Kochwaare, 18,00 bis 17,70—17,40 M., Erbsen, Futterwaare, 17,00—16,60—16,30 M., Winterrübsen 23,50—23,20—23,00 M., Winterraps 24,00—23,50—23,30 M., Kartoffeln 3,60—3,40—3,20 Mark. — An der Börse: Spiritus: behauptet. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark. October 53,10 M. bez. und Gd., November 51,40 M. bez., December 50,80—70 M. bez., Januar 50,60 M. bez., April-Mai 51,70 Mark bez., Br. u. G.

Görlitz, 13. October. [Getreidemarkt-Bericht von Max Steinitz.] Die Zufuhren am gestrigen Markt waren in Folge der ungünstigen Witterung nicht wesentlich, doch immerhin noch genügend, den Bedarf außer Hafer, kleinerer Consumenten zu decken. Die hiesigen Mühlen kaufen nur für den nothwendigsten Bedarf, da man allerseits an einen weiteren Rückgang der Preise glaubt und ist auch anzunehmen, daß diese Meinung nicht so falsch ist, da das Angebot der Landwirthe wohl jetzt nach Beendigung der Feldarbeiten entschieden verstärkter auftreten wird. In Weizen und Roggen war wenig Geschäft und die an den Markt gebrachten Partien fanden sehr schwierig Unterkommen. Gerste war in braufähiger Waare besser gesucht, doch mußte sich auch diese einen Preisrückgang gefallen lassen. Hafer fest und gut bezahlt. Futterartikel unverändert.

Bezahlt für Weißweizen per 1000 Klgr. 250—232 M. Gelbweizen 235 bis 226 M. Roggen 196—187 M. Gerste 188—160 M. Hafer 150 bis 145 Mark. Roggenkleie per 50 Klgr. 6¼ M., Weizenkleie 4,90 M., Rapskuchen 7,50 Mark.

* **Schweidnitz**, 14. October. [Marktbericht.] Bei schwacher Zufuhr und wenig Kauflust verkehrte der heutige Getreidemarkt in ruhiger Stimmung. Man zahlte für: Gelbweizen 19,00—22,80 M., Weißweizen 19,50 bis 23,80 M., Roggen 17,00—18,75 M., Gerste 15,00—17,50 M., Hafer 14,00—14,60 Mark. Alles per 100 Klgr. netto.

Breslau, 15. Oct., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, feine Qualitäten gut behauptet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 21,10 bis 22,40—22,80 Mark, gelber 20,40—21,70 bis 22,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur zu notirten Preisen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 17,30 bis 17,60 bis 17,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 14,00 bis 15,00 Mark, weiße 16,50 bis 17,00 Mark.

Hafer preishaltend, per 100 Kilogr. neuer 13,60—14,40—14,60 bis 15,00 Mark.

Mais schwach zugeführt, per 100 Kilogr. 14,50—15,00—15,50 Mark.

Erbsen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 17,00—18,00 bis 20,00 M., Victoria- 22,00—23,00—24,00 Mark.

Bohnen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 Mark.

Lupinen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. gelbe 12,20—13,00 bis 14,00 Mark, blaue 12,00—13,00—13,80 Mark.

Wicken ohne Angebot, per 100 Kilogr. 13,20—13,70—14,30 Mark.

Oelsaaten schwacher Umsatz.

Schlaglein in matter Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	—	24	—	22	—
Winterraps	25	30	24	50	23	75
Winterrübsen	24	50	23	75	23	25
Sommerrübsen	25	—	24	25	23	25
Leindotter	23	50	22	50	22	—

Rapskuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 7,60—7,70 Mark, fremde 7,30—7,50 Mark.

Leinkuchen behauptet, per 50 Kilogr. 9,50—9,70 Mark, fremde 8,70—9,40 Mark.

Kleesamen ohne Umsatz, rother ruhig, per 50 Kilogr. 33—36—40 bis 46 Mark, weißer ruhig, 35—45—53—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee schwacher Umsatz, per 50 Kilogr. 38—44—48 Mark.

Thymothee sehr fest, per 50 Kilogr. 25—26—29 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 31,25—32,00 Mark, Roggen Hausbacken 26,00—26,50 Mark, Roggen-Futtermehl 11,25—12,00 Mark, Weizenkleie 10—10,50 Mark.

Heu 3,40—3,80 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh, 31—33 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Schifffahrtslisten.

Stettiner Oberbaumliste. 12. Oct. Schiffer Neutert von Ohlau an Ruchholz u. Auberlé mit 60 W. Gerste. Singert von Zehden an A. Gramke mit 33 do. Rosenthal von Glietzen an P. Röscher mit 42 do. Sorge von Kienitz an H. Dethloff mit 37 W. Weizen, 75 W. Gerste. — **Unterbaumliste.** Schiffer Bartelt von Gollnow an Samuel u. Friedeberg mit 9 W. Weizen.

Swinemünder Einfuhrliste. Hamburg: Agathe, Grams. Ferd. Jahnke u. Co. 751 Stück Blauholz. — Hamburg-Kiel: Holsatia, W. Neumann. Herotitzki u. de la Barre 227 F. Schmalz, Knopf u. Heinrich 96 do. A. Monin 50 F. Schmalz. Dittmar u. Peters 100 Sack Reis. — Bremen: Johanna Margaretha, de Vries, Stenzel u. Co. 300 F. Petroleum. — Geestemünde: Tjalde Suzanna, Lüken, Herrmann u. Theilnehmer 114 F. Petroleum. Eug. Rüdenburg 58 do. Ordre 90 do. Jul. Herholz 188 do. — Bergen: Thy, Th. Jensen, Th. Hell. Schröder, 608 Tonnen Hering. Eugen Rüdenburg 50 F. Zink. — Leith: Dwina, Baird, 150 To. Roheisen. J. Stevenson 75 do. Elkan u. Co. 135 do. Carl Wrede 95 To. Hering. H. Berneaud 190 do. F. Spattscheck 80 S. Grassamen. — Burntisland: Vistula, Bowden. K. A. Scholz Nachf. 829 To. Steinkohlen. — Middlesbro: Emma Trechmann. Meyer H. Berliner 815 To. Roheisen. — West-Hartlepool: Lucia, Schulz. G. Dantzers Nachf. 420 To. Kohlen. — Antwerpen: Juliane Renate. W. Hammer. Meyer H. Berliner 271 Ballen Kaffee. Elkan u. Co., 164 do. Hermann u. Theilnehmer 251 do. Ordre 119 S. Fleischmehl.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Oct. 14., 15.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 10°,5	+ 11°,9	+ 9°,1
Luftdruck bei 0° (mm)	739‴,2	732‴,9	736‴,1
Dunstdruck (mm)	5,9	7,5	6,0
Dunstsättigung (pCt.)	63	73	70
Wind	S. 2.	S. 3.	W. 4.
Wetter	bedeckt.	wolkig. Nachm. Regen.	heiter.

Wasserstand. Breslau, 15. Oct. O.-P. 5 M. — Cm. U.-P. — M. 6 Cm.
14. Oct. O.-P. 4 M. 92 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Vermischtes.

[Die Verschiffung von Fleisch in gefrorenem Zustande.] Vor einigen Tagen traf der zur Australian Steam Navigation Company, der Orientlinie, gehörende Dampfer „Orient" von Australien auf der Themse ein. Das Schiff ist vor zwei Jahren in Glasgow erbaut, hat eine Länge von 460 Fuß, Maschinen von 1000 Pferdekräften nominell und eine Tragfähigkeit von 5376 Tons; es ist mit allen neuesten Verbesserungen der Schiffbautechnik ausgerüstet und hat mit 193 Passagieren und einer Besatzung von 166 Mann die Reise von Adelaide nach London in 39 Tagen zurückgelegt, indessen ist es nicht die Schnelligkeit, welche dieselbe zu einer so wichtigen macht, sondern der Umstand, daß der Dampfer, wie sein Schwesterschiff „Garonne", zum Transport von frischem Fleisch mit dem patentirten Trocken-Luft-Refrigerator des Herrn Seale Haslam von der Derby Engeneering Company ausgerüstet ist, der sich ganz vorzüglich bewährt hat. Auch der Dampfer „Cuzco" von derselben Gesellschaft ist für die Beförderung von frischem Fleisch eingerichtet, jedoch ist dieser mit einem Bell-Coleman'schen Apparate versehen. In dem Haslam'schen Refrigerator wird die Luft bei einem Drucke von etwa 45 Pfd. auf den Quadratzoll comprimirt, bis auf 280 Grad erhitzt und dann durch den Refrigerator getrieben, der eine Abkühlung bis auf 30, ja bis auf 60 Grad (Fahrenheit) unter Null bewirkt und die Luft beständig in dicht verschlossene Kammern entleert, in welchen Fleisch und andere leicht dem Verderben ausgesetzte Dinge lagern. Die Haupteigenschaft des Apparates besteht, wie schon der Name besagt, darin, daß die demselben entströmende Luft trocken ist, und daß es für den Kältegrad ganz gleichgiltig ist, ob das zur Production verwendete Wasser eine Temperatur von 50 oder von 90 Grad hat, was bei Schiffen, welche die Tropen passiren, von größter Bedeutung ist. Mit einer Maschine von 70 Pferdekräften kann ein Laderaum, der 250 Tons frisches Fleisch aufnehmen kann, auf der ganzen Reise von Sidney nach England, eine Entfernung von 13,500 Seemeilen, beständig in einer Temperatur erheblich unter dem Gefrierpunkte gehalten werden. Der von der Australian Frozen Meat Company gecharterte Raum genügt zur Aufnahme von 150 Tons, und genau dieses Quantum befand sich auch am Bord, nämlich 3171 Cadaver von Schafen, 70 Ochsenviertel und viele verschiedene andere Fleischsorten und Vorräthe, wie Zungen, Ochsenschwänze, Geflügel und andere Provisionen. Das ganze Quantum war in Melbourne an Bord genommen, nachdem das Vieh am Lande geschlachtet und in gefrorenen Zustand versetzt worden war. Das Fleisch wurde in Leichtern längsseite geschafft und thaute, da es während kurzer Zeit aus den Gefrierkammern genommen werden mußte, bei dem Transport und der Ueberladung etwas auf, doch ist der Uebergang so kurz, daß er in keiner Weise auf die Qualität der Waare ungünstig einwirken kann, da dieselbe so schnell wie möglich in den Laderaum gebracht wird. Mit Ausnahme eines Tages bei Insichtkommen der afrikanischen Küste nach Passiren des Indischen Oceans hat der Dampfer unterwegs keinen außerordentlich hohen Temperaturstand gehabt; im Rothen Meer betrug derselbe nur 90 Gr. im Schatten, jedoch überzeugt selbst eine oberflächliche Besichtigung der Einrichtung des Refrigerators und seiner Thätigkeit gar bald, daß die Temperatur der äußeren Luft vollständig gleichgiltig ist. Selbst die größte Hitze, welche die tropische Sonne hervorzubringen vermag, würde die Fleischräume des Dampfers ebenso kalt lassen, wie die Luft eines scharfen Wintertages in unseren Breiten ist. Die Dampfmaschine ist in einem kleinen Nebenraum des Maschinenraums aufgestellt und während der ganzen Reise beständig in Betrieb gewesen. Durch eine kleine Thür gelangt man in den ersten Fleischraum, in welchem die kalte Luft durch ein viereckiges, in Kopfeshöhe angebrachtes Loch einströmt. In dem Raume befinden sich eine Anzahl in Calicosäcke eingenähter gefrorener Fleischstücke sorgfältig verpackt. Das Thermometer wies hier eine Temperatur von 12 Grad Fahrenheit oder 20 Grad Reaumur unter Null auf, die für die Conservirung des Fleisches vollkommen genügt. Indessen ist dieser Raum von weniger Bedeutung, weil dort nur die Cadaver von 90 Schafen, 122 Ochsenviertel, 11 Schweine und anderer frischer Proviant verstaut waren, welche in Sidney in gefrorenem Zustande an Bord genommen worden sind und für den Gebrauch der Besatzung auf der Reise dienen sollten. Hier waren auch viereckige Zinkasten mit je vier Gallonen Milch aufgestellt, welch letztere in ihrem hart gefrorenen Zustande jedenfalls einen Beweis für die Wirkung des kalten Luftstromes lieferte. Da dieser Ort während der Reise häufig geöffnet werden muß, so ist die Temperatur dort etwas weniger kalt als die der übrigen stets geschlossen gehaltenen Aufbewahrungsräume. Ganz und gar läßt sich die Feuchtigkeit der Luft nicht beseitigen und so stellt sich dem beim Betreten der großen für die Aufbewahrung der Fleischladung bestimmten Räume die dort herrschende Temperatur dem Auge in der Form der alle Wände und Deckbalken bedeckenden Eiscristalle ersichtlich dar, die das düstere Lampenlicht überall reflectiren. In diesen Laderäumen, wo das Thermometer, trotzdem man die Kälte nicht so sehr fühlt, — 22 Grad Reaumur zeigt und die Luftströmung beständig einen feinen Schneestaub vor der Oeffnung aufwirbelt, sind in Baumwollsäcke eingenäht, die kolossalen Fleischstücke aufgestapelt, welche dem Consum in Großbritannien von jenseits des Oceans zugeführt werden sollen, und dieses Fleisch befindet sich in einem so hart gefrorenen Zustande, daß es nicht möglich ist, durch einen mit der Faust oder mit einem stumpfen Werkzeuge auf dasselbe ausgeführten Schlag irgend welchen Eindruck hervorzubringen; ein mit einem schweren Hammer auf das gefrorene Fleisch ausgeführten Schlag bewirkt nichts anderes als einen hohlklingenden Ton, gerade, als wenn man auf einen Stein schlüge. Ueber die pecuniären Aussichten der Einfuhr frisch geschlachteten gefrorenen Fleisches läßt sich eine bestimmte Ansicht nicht äußern, wenngleich der Umstand, daß Schafe in Sidney zu 8 P. bis 1 Sh. per Stein von 8 Pfund gekauft werden können, kaum das Lohnende einer derartigen Transaction unmöglich erscheinen läßt. Das Einnähen der Fleischstücke empfiehlt sich, um bei der Stauung im Schiffsraume ein Berühren des Fleisches und eine dadurch häufig hervorgebrachte nachtheilige Wirkung zu vermeiden. Die Passagiere und die Mannschaft des „Orient" sind während der ganzen Reise mit frischem Fleische beköstigt worden und ebenso gehörten Eier und Milch, Geflügel und Fisch zu denjenigen Gegenständen, welche täglich oder wöchentlich auf der Tafel der ersten Cajüte erscheinen. Es war selbst gelungen, frischen Lachs, welchen man auf der Ausreise schon in England in gefrorenem Zustande an Bord genommen hatte, unterwegs gekocht und in vorzüglicher Beschaffenheit auf die Tafel zu bringen, so daß dem an Bord des „Orient" zur Ausführung gekommenen Refrigeratorsystem eine große Zukunft bei der Verschiffung frisch geschlachteten Fleisches auf langen Reisen zuzusprechen sein wird. — Vorstehenden Mittheilungen der „Daily News" fügen wir nach der „Times" noch hinzu, daß die Maschine stündlich ein Volumen Luft von 40,000 Cubikfuß ausströmen läßt. Die Ladung bestand aus 3171 Cadavern von Schafen, die bis unter Deck aufgestapelt waren. Oben im Raume betrug die Temperatur 21, unten 10 Grad Fahrenheit, während das Thermometer an Deck gleichzeitig 55 Grad anzeigte. Die Maschine des Refrigerators arbeitete stets mit halber Kraft, gewöhnlich täglich 20 Stunden, nur im Suezcanal war dieselbe beständig im Gange.

„**Die Bildung von Pflanzenerde durch die Thätigkeit der Würmer, mit Beobachtungen über deren Gewohnheiten**" ist der Titel des neuesten Werkes von Charles Darwin. Er bringt darin den seit der biblischen Schöpfung verachteten Wurm wieder zu Ehren; und zwar nicht in der seichten Weise, die dem Esel in Victor Hugos unlängst veröffentlichten Buche „L'âne" zu Theil geworden, sondern in hervorragend wissenschaftlicher Form, als das Ergebniß einer sich über ein halbes Jahrhundert erstreckenden unablässigen Erfahrung. Wie Darwin in seinem Hauptbuche „Die Abstammung des Menschen" den mächtigen Herrn der Schöpfung von seinem erhabenen Piedestale herunterwarf, so hebt er in seinem jüngsten Werke den in den Staub getretenen Wurm empor zu einer das Wohl und Weh des Menschengeschlechtes selbst nahe berührender Bedeutung. Der Wurm ist des Menschen größter Wohlthäter, er ist der eigentliche Pflüger der Natur, der unentbehrliche Vorpflüger des Landmannes. Denn, wie Darwin nicht verfehlt im ersten Satze seines Buches uns mitzutheilen, wir verdanken es zumeist dem Wurm, daß die ganze Bodenoberfläche in jedem mäßig feuchten Lande von einer pflanzlichen Erddecke (vegetable mould) überzogen ist, welche vom Wurm beständig gedüngt und erneuert wird. Wie bewerkstelligt er das? Als Antwort gilt die Beschreibung des Wurms selbst. Er hat keine Augen und keine Ohren, dafür aber ein seltsam ausgebildetes Verdauungssystem mit Vorliebe für Blätterkost und Zwiebel. Besagter Blätter bedient er sich nicht allein zur Nahrung, sondern auch zur Fütterung der Wände in Löchern, in die er sich verkriecht, vermuthlich, um seinen Körper vor der Berührung der kalten Erde zu schützen. Manchmal auch stattet er die Wände mit einer Lage feiner dunkler und sorgfältig geglätteter Erde aus, die sich der Form seines Körpers genau anpaßt. Auf diese Weise entdeckt Darwin im Wurm das Zweckbewußtsein. Die Kunst und wichtigste Thätigkeit des Wurms besteht nun darin, daß er beständig Erde und winzige Steinchen verschluckt und sie beim Durchgang durch seinen Körper düngt und befruchtet. Da nun die Erde unter unseren Füßen von Würmern wimmelt, sodaß ein einziger Acker deren nicht weniger als 35,000 bis 50,000 enthält, so wird in der oben beschriebenen Weise die Oberfläche der Erde einem ständigen Wechsel unterworfen. In einzelnen Fällen hat die jährliche Ablage nicht weniger als ⅕ Zoll Tiefe. Blätter, Steine und andere Gegenstände, die unberührt blieben, fanden sich nach einigen Jahren begraben unter einer Schicht dieses Wurmdüngers. Dem Archäologen leistet der Wurm zuweilen wichtige Dienste, indem er durch den Düngerüberzug alte Steinreste vor der Verwitterung durch die Luft schützt; so mögen alte römische Städte, wie Silchester und Uriconium erhalten worden sein. Dies sind die Hauptzüge aus Darwins Buche. Wie gewöhnlich beschränkt sich der Verfasser auf die Darlegung der Thatsachen, die Schlüsse dem Leser überlassend. (K. Z.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Rede des Oberbürgermeisters Dr. v. Forckenbeck vor seinen Wählern.

(Stenographischer Bericht der „Tribüne".)

Neuhaldensleben, 10. October.

M. H.! Ich beginne mit dem Dank für den so warmen, für den so freundlichen, für den so herzlichen Empfang. Ich danke Ihnen aber auch namentlich dafür, daß Sie so zahlreich hier erschienen sind. Es sind ja ganze drei Jahre her, daß ich zum letzten Male zu meinen Wählern gesprochen habe, und in den drei Jahren ist allerdings in der Politik und auch persönlich mit mir so viel geschehen, daß es wohl einer Auseinandersetzung, einer Erklärung, einer Unterredung mit den Wählern, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben, in dieser Beziehung bedarf. Es sind jetzt 23 Jahre, daß ich im politischen Leben thätig gewesen bin und allen preußischen und allen deutschen Parlamenten, darunter 13 Jahre als Präsident derselben, angehört habe. Während dieser Zeit habe ich die öffentliche Meinung auf- und abschwanken sehen, ich habe sie sich verändern sehen, ich habe sie bald den liberalen Anschauungen überwiegend zuneigen sehen, bald wieder den mehr conservativen Parteien. Das ist ja ganz natürlich, es ist ja das Zeichen eines gesunden öffentlichen Geistes und dient zur Correctur und zur Controle derjenigen Männer, welche im politischen Leben thätig sein müssen. Aber Zustände, wie sie mir jetzt entgegentreten, sind mir bis jetzt nicht vorgekommen; eine solche Zersetzung und eine solche Verwirrung der öffentlichen Meinung, wie sie mir im Augenblicke in zahlreichen Kundgebungen aus dem Lande, in der Presse u. s. w. und in zahlreichen Erscheinungen entgegentritt, habe ich bisher in unserm öffentlichen Leben nicht wahrgenommen. Es scheint mir, als wenn alle Sonderinteressen aufgeregt und angeregt sind, als wenn alle Sonderinteressen, alle einzelnen Berufszweige ihr Wohl und ihre Hülfe nur von dem Staat und durch den Staat erwarten, und als ob sie in den Forderungen, welche sie an den Staat stellen, nur die eigenen egoistischen Interessen berücksichtigen und nicht so sehr sich fragen, wie sie denn ihre Interessen mit dem Gemeinwohle vertragen. M. H., wir sehen, daß Einrichtungen, Institutionen, die langsam errungen worden, die endlich errichtet sind, wieder angefochten werden. Wir sehen auch einmal Meinungen und Anschauungen wieder auftreten, die wir längst überwunden glaubten, und die an das Mittelalter erinnern. Dem Kaiser und dem Reich treu und innigst ergeben, und die unter des Kaisers weiser und energischer Führung erworbene nationale Einheit Deutschlands als erstes, höchstes Gut betrachtend, entschlossen, nach wie vor, soweit es in meinen schwachen Kräften liegt, diese, ich möchte sagen zuerst zu wahren, sehe ich doch in diesen überall auftretenden Sonderbestrebungen, in diesen egoistischen Bestrebungen, in diesem Zurücktreten des Idealismus und der idealen Gedanken eine große Gefahr für die Zukunft unserer errungenen nationalen Einheit, und ich glaube, Jedermann, der im öffentlichen Leben thätig gewesen ist, der als Abgeordneter durch das Vertrauen seiner Wähler fungirt hat, muß sich fragen und sich selbst Rechenschaft darüber abgeben, ob er denn vielleicht durch seine Thätigkeit, durch seine Anregung u. dgl. zu dieser Verwirrung der öffentlichen Meinung irgendwie Anlaß gegeben hat. M. H., ich nehme diese Selbstprüfung um so lieber vor, als mir dieselbe dadurch möglich geworden ist, daß die letzte Rede, die ich zu Ihnen hielt, damals durch die Güte der „Magdeburger Zeitung" stenographirt worden ist und mir noch in einem Druckexemplar vorliegt. Ich habe sie mir gestern aus vergilbten Papieren herausgesucht, ich habe diese Rede aufmerksam durchgelesen — sie ist am 13. Juli 1878 gehalten — und nachdem ich sie durchgelesen habe, glaube ich aussprechen zu können: ich bin den Meinungen, die ich damals vor Ihnen ausgesprochen habe und auf Grund deren Sie mich gewählt haben, unerschütterlich treu geblieben. Alles, was von mir innerhalb der drei Jahre geschehen ist, ist die natürliche Consequenz dieser Meinungen gewesen. Die Tendenzen — leider Gottes — der Reichsregierung, die Tendenzen der Parteien außerhalb der liberalen Partei haben sich geändert, und natürlich ist durch diese Tendenzen gegenüber meine Stellung in derselben Ueberzeugung jetzt eine andere geworden.

M. H.! Ich muß, um das nachzuweisen, auf einzelne Punkte dieser Rede eingehen und sie Ihnen ins Gedächtniß zurückrufen. Ich habe gesagt, daß ich ein Mann entschieden liberaler Anschauungen sei und diese entschieden liberalen Anschauungen immer vertreten würde. Ich habe es als etwas hauptsächlich zu Erstrebendes bezeichnet, daß — damals standen wir gleichfalls vor den Wahlen, — in dem zukünftigen Reichstag das liberale Bürgerthum in Stadt und Land, diese überwiegende Kraft des deutschen Volkes und darunter die festesten Stützen des nationalen Gedankens, wie bisher eine entscheidende Stellung einnehmen, einen entscheidenden Einfluß ausüben müssen. M. H., ich habe damals ferner meine Mitwirkung dazu versprochen, daß den Ausschreitungen der socialdemokratischen Partei ein wirksamer Damm entgegengesetzt werde. Ich habe ferner drittens weitläufig ausgeführt, und das nimmt einen großen Theil der Rede ein, daß die dringendste Veranlassung dafür da sei, dahin zu wirken, daß ein ruhigerer Gang der Gesetzgebung eingehalten werde, daß nicht fort und fort und ohne strenge Prüfung des Bedürfnisses neue Gesetze gemacht würden. Ich habe dieses im Interesse des Landes, seiner ruhigen Entwicklung und seiner ruhigen Arbeit als nothwendig bezeichnet, auch im Interesse des Parlaments selbst. M. H., ich bin dann übergegangen auf die damals geplante Steuerreform, ich habe mich bei dieser Gelegenheit schon damals entschieden gegen das Tabaksmonopol ausgesprochen, eine Ansicht der ich auch jetzt noch unbedingt anhänge. (Bravo!) Ich habe ferner damals gesagt, m. H.: die eigenen Einnahmen des Reiches wünsche ich vermehrt zu sehen, die Matricularbeiträge drücken die verschiedenen Staaten, welche sie zahlen müssen, nicht nach dem richtigen Maßstabe, und ich sei bereit, indirecte Steuern als eigene Einnahmen des Reichs bis zu dem ungefähren Betrage der damaligen Matricularbeiträge — und das waren damals 88 Millionen Mark — vielleicht auch durch Erhöhung der Tabakssteuer zu bewilligen unter der Bedingung, daß das unbedingt nöthige Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages bei dieser Gelegenheit gewahrt werde. Ich habe aber gleichzeitig ausgesprochen, daß ich einer Steuerreform, die über dieses Maß und über diese Bedingungen hinausgehe, die an Zöllen und indirecten Steuern einen Betrag von 200—250 Millionen Mark in Aussicht nehme, außerordentlich skeptisch gegenüberstehe und mir in dieser Beziehung die freie Entscheidung nach Prüfung der Verhältnisse vorbehalte. Ich habe damals namentlich gesagt:

„Ein alter und wahrer Grundsatz ist es, daß die alten Steuern am allerleichtsten getragen werden, weil einmal die liebe Gewohnheit für die Zahlung dieser Steuer spricht, und ein alter bewährter conservativer Grundsatz ist, daß man in der Aenderung der Steuerverfassung nicht weiter gehe, als wie es das Bedürfniß der Nation erfordert. Wenn man indirecte Steuern auch weniger fühlt als directe, so wird man sie doch fühlen, wenn viele einzelne Gegenstände des täglichen Gebrauchs plötzlich theurer werden. Wenn wirklich eine Steuerreform durchgeht, welche die indirecten Steuern um 200 Millionen M. erhöht, dann wird nach kurzen Jahren keine Zufriedenheit, sondern allgemeine Unzufriedenheit die Folge sein, mögen auch alle indirecten Steuern theilweise erlassen oder vielmehr, wie beabsichtigt wird, Provinzen, Kreisen, Gemeinden überwiesen werden."

Ich sagte ferner noch:

„Ich wiederhole also, einer Steuerreform — so schwer wie sie in der gegenwärtigen, bereits mit neuen Einrichtungen überlasteten Zeit hervortritt, so tief sie wiederum in die Gewohnheiten des Volkes eingreifen wird, einer Steuerreform, welche die vorhandenen Rechte des Reichstags achtet und nicht aufhebt und die sich auf einen mäßigen Satz zur Ersetzung der Matricularbeiträge beschränkt, der werde ich gern zustimmen, vorausgesetzt, daß sie durch die Vermehrung der indirecten Steuern gewonnen war. Zu einer Steuerreform, welche weiter geht, welche 200—250 Mill. neue Steuern schaffen will, stehe ich skeptisch und will den Fragen gegenüber, die in dieser Beziehung an mich herantreten werden, meine freie und wohlerwogene Ueberzeugung wahren. Ferner habe ich mich über die Frage der Militärverfassung ausgelassen. Ich habe ausgesprochen, daß ich für eine alljährliche Bewilligung der Präsenzziffer nicht eintrete und zugesetzt. „Ich bin der Ueberzeugung, daß in gewissen abgemessenen Perioden, nach 3, 5, 7 Jahren, und nicht alljährlich, in freier Vereinbarung vom Bundesrath und Reichstag der Präsenzstand des Heeres festzustellen sei." Endlich habe ich mir der Regierung und dem Herrn Reichskanzler gegenüber die Freiheit meiner Meinung und meiner Entscheidung vorbehalten auf Grund meiner liberalen Anschauung. Ich habe gesagt: „Grade weil ich Respect vor der Größe des Mannes habe, weil ich ihm dankbar bin für das, was er nach innen und außen unserm Vaterlande geleistet hat, darum will ich ihm mit Wahrheit, ehrlich, selbstständig und offen gegenübertreten, wo es sein muß, und ich glaube, gerade dadurch diene ich meinem Vaterlande und der wahren Größe desselben mehr, als wenn ich ein unbedingter Kopfnicker wäre. (Bravo!) Meine Herren! Ich glaube, den Nachweis führen zu können, den ich angekündigt habe, daß ich diesen Grundsätzen, die ich damals ausgesprochen, in jeder Beziehung treu geblieben bin. Ich habe Ihnen gesagt, daß meine Stellung nur verändert ist dadurch, daß sich Andere verändert haben. Jetzt will ich den speciellen Nachweis liefern.

Was das Socialistengesetz anlangt, so habe ich sowohl dem ersten Gesetze als auch der neuerdings vorgelegenen Verlängerung desselben nach genauester Prüfung der Verhältnisse zugestimmt und dadurch das gehalten, was ich am 13. Juli 1878 versprochen und ausgeführt habe.

Was die Steuer- und Zollpolitik anlangt, so stellen sich die Verhältnisse wie folgt: Als ich am 13. Juli sprach, war der Brief des Reichskanzlers vom 15. December 1878, der den bisherigen Plänen eine neue Richtung gab, noch nicht geschrieben worden. Dieser Brief ist dann die Grundlage der Verhandlungen mit dem Bundesrathe gewesen und hat zu den Verhandlungen im Reichstage geführt. Ich kann nicht alle Phasen dieser Verhandlung durchgehen und kann nur das schließliche Resultat charakterisiren, und mein Votum, was ich gegen den Zolltarif abgegeben habe, aus dieser schließlichen Gestaltung der Dinge rechtfertigen. Ich sagte, m. H., wir wären bereit, und es waren das die in den Parteien verbreiteten Anschauungen, die eigenen Einnahmen des Reichs zu erhöhen unter Fortfall der Matricularbeiträge. Schließlich lag die Sache aber so: die Institution der Matricularbeiträge war durch die Annahme des Franckenstein'schen Antrags geblieben. Es war nämlich bestimmt worden, daß, wenn die neuen Steuern die Summe von 130 Millionen übersteigen würden, der Ueberschuß an die Einzelstaaten herauszugeben sei. Die eigenen Einnahmen des Reiches unter Fortfall der Matricularbeiträge waren nicht durch das Gesetz erreicht worden. Das Reich blieb durch die Fortdauer der Institution der Matricularbeiträge abhängig von den Einzelstaaten. Wenn einmal die großartigen Mächte, welche jetzt walten, nicht mehr sorgen, dann kann allerdings durch diese Institution dem Reiche von dem wieder auflodernden Particularismus Gefahr und eine schwere Verlegenheit bereitet werden. M. H.! Schon dieser Grund, das Verfehlen des ursprünglichen Zweckes, mußte uns dahin führen, gegen diese Zollgesetzgebung und den Zolltarif zu stimmen. Aber noch mehr! Nicht blos die Bewilligung von 88 Millionen (es war die höchste Grenze, die ich bezeichne) lag in dem neuen Zolltarif, sondern nach der zuverlässigsten Berechnung eine Bewilligung, die allerdings erst nach Verlauf einzelner Jahre heraustreten wird; eine Bewilligung von 130 Millionen Mark, denen jetzt durch das neue Stempelgesetz noch circa 15 Millionen Mark zugekommen sind, also 145 Millionen Mark. Das überstieg bei Weitem die Grenze, die ich als zulässig bezeichnet habe. Aber der neue Zolltarif enthielt etwas für mich noch viel Wichtigeres und Entschiedeneres! Er führte in einem Maße, wie ich es früher nicht für möglich gehalten hatte, eine Erhöhung der Schutzzölle ein. Er besteuert außerdem alle nothwendigen Lebensbedürfnisse, nicht blos das Korn, sondern sämmtliche nothwendigen Lebensbedürfnisse: Holz, Schmalz, Speck, Petroleum. Er warf daher, meiner Ansicht nach, die Steuerlast zum größten Theil auf die Masse des Volkes und mußte bewirken, daß der Lebensunterhalt in der Masse des Volkes theurer wurde. Dadurch, daß er neue, hohe Schutzzölle einführte, brachte er die größten Gefahren für unsere Exportindustrie hervor, die, um im Auslande concurriren zu können, billigerer Rohmaterialien bedarf. Es waren allerdings im Zolltarif die Getreidezölle enthalten, sie waren den Landwirthen zur Ausgleichung bewilligt worden, aber ich habe die positive Ueberzeugung, und nicht allein aus den Büchern, sondern auch aus eingehenden Unterredungen mit den liberalen Großgrundbesitzern, z. B. dem leider, weil er erkrankt ist, heute nicht anwesenden Oberamtmann Struve, gewonnen, daß der Getreidezoll in Verbindung mit der Besteuerung aller übrigen Bedürfnisse vielleicht einigen Großgrundbesitzern Vortheil gewähren kann, daß er dem kleineren Landwirthe aber, der wenig oder gar kein Getreide verkauft, durch die Lasten, welche ihm in jeder anderen Beziehung auferlegt werden, durch die Zölle auf Eisen, Leder, Holz, Colonialwaaren viel mehr schadet, mehr entzieht, als er ihm durch die Getreidezölle zugewendet hat. Wenn ich also der Ueberzeugung war, daß der größeren Masse der Landwirthe der Getreidezoll nichts nütze, daß er Denjenigen, welche nicht Landwirthe, nicht Grundeigenthümer sind, den Lebensunterhalt theurer machte, so mußte ich mit der ganzen Partei gegen den Zolltarif stimmen. Das war aber nicht allein der entscheidende Grund, es traten in dieser Beziehung andere Betrachtungen hervor. Man mußte diese Zölle und das Tarifgesetz betrachten in Zusammenhang mit dem bereits damals auf der Bildfläche befindlichen Tabaksmonopol, mit der bereits damals geplanten, jetzt theilweise ausgeführten und in Vollendung begriffenen Verstaatlichung der Eisenbahnen. Man mußte in Betracht ziehen die Richtung hinsichtlich der Aufgaben des Staates, welche sich jetzt bereits in dem Entwurfe des Unfallversicherungsgesetzes, in dem Projecte der Altersversorgung, in den Andeutungen über Verstaatlichung des ganzen Versicherungswesens deutlich ausgesprochen hat, und mußte dann in der scharfen Verstärkung des Schutzzollsystems das Verlassen einer Richtung erkennen, die meiner Ansicht nach das Fundament der staatlichen Entwicklung in Preußen gewesen ist, die meiner Ansicht nach auch hauptsächlich die Entwicklung der individuellen Freiheit in Preußen und Deutschland gegründet hat. Das System, dem Staate große Einnahmen zuzuwenden, dafür dem Staate auch Aufgaben, die viel besser der Einzelne oder dessen Associationen und Corporationen lösen können, ohne Noth zu überweisen und dem Einzelnen dadurch die Selbstverantwortlichkeit für sein eigenes Schicksal zum Theil abzunehmen, Gewerbe zu übernehmen, die der Einzelne besser betreibt, als wie sie vom Staat betrieben werden können, nimmt auch ein Stück individueller Freiheit und verläßt diejenige Entwickelung, die Preußen meiner Ueberzeugung nach groß gemacht hat. Soll ich Ihnen das beweisen, meine Herren? Die Documente in dieser Beziehung liegen so unendlich zahlreich vor; ich will nur einzelne herausgreifen. Die Entwicklung in dieser Beziehung hat begonnen in der schwersten Zeit des preußischen Staates. In der Circularverfügung Stein's vom 24. November 1808 heißt es: „Mit Ihrem Beistande, m. H., ist bereits viel geschehen, der letzte Rest der Sclaverei, die Erbunterthänigkeit, ist vernichtet und der unerschütterliche Pfeiler jedes Thrones, der Wille freier Menschen, ist gegründet, das unbeschränkte Recht zum Erwerb des Grundeigenthums ist proclamirt. Dem Volke ist die Befugniß, seine ersten Lebensbedürfnisse sich selbst zu bereiten, wiedergegeben. Die Städte sind mündig erklärt und andere, minder wichtige Bande, die nur Einzelnen nützen und dadurch die Vaterlandsliebe lähmten, sind gelöst. Wird das, was bis jetzt geschah, mit Festigkeit aufrecht erhalten, so sind nur wenige Hauptschritte übrig. Ich nehme mir die Freiheit, sie Ihnen einzeln aufzuzählen, nicht um Ihre Handlungen dadurch zu leiten, sondern um Ihnen zur Beurtheilung meiner Handlungen und Absichten einen Maßstab zu geben." — Was Stein ihnen sagte, das ist noch deutlicher ausgesprochen in der zwei Tage später ertheilten und allgemein bekannten ersten und ältesten Regierungsinstruction. Dort heißt es: „Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gange zu überlassen, d. h. keinen derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützung zu begünstigen oder zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und ihrer Ausbreitung zu beschränken. Neben dieser Unbeschränktheit ist Leichtigkeit des Verkehrs und Freiheit des Handels sowohl im Innern als mit dem Auslande, ein nothwendiges Erforderniß, wenn Industrie, Gewerbefleiß und Wohlstand gedeihen sollen, zugleich aber auch das natürlichste, wirksamste und bleibendste Mittel, sie zu befördern. Es werden sich alsdann diejenigen Gewerbe von selbst erzeugen, die mit Vortheil betrieben werden können, und dies sind wieder diejenigen, welche dem jedesmaligen Productionszustande des Landes und dem Culturzustande der Nation am angemessensten sind. Es ist unrichtig, wenn man glaubt, es sei dem Staate vortheilhaft, Sachen dann noch selbst zu verfertigen, wenn man sie im Auslande wohlfeiler kaufen kann. Die Mehrkosten, welche die eigene Verfertigung verursacht, sind rein verloren und hätten, wären sie auf ein anderes Gewerbe angelegt worden, reichhaltigen Gewinn bringen können. Es ist eine schiefe Ansicht, man müsse in einem solchen Falle das Geld im Lande zu behalten suchen und lieber nicht kaufen. Hat der Staat Producte, die er ablassen kann, so kann er sich Gold und Silber kaufen und es münzen lassen. Es ist nicht nothwendig, den Handel zu begünstigen, er muß nur nicht erschwert werden. Freiheit in Gewerbe und Handel schafft zugleich die möglichste Concurrenz in Hinsicht des producirenden und feilbietenden Publikums und schützt daher das consumirende am sichersten gegen Theuerung, Betrug und übermäßige Preissteigerung." Diese Grundsätze sind mit Schwankungen in unserer ganzen wirthschaftlichen Politik bis 1878 die maßgebenden gewesen. Soll ich Ihnen noch weitere Beweise anführen, so könnte ich auf die Vorlage der Staatsregierung zurückgehen in Betreff des englisch-französischen Handelsvertrages von 1862. Es wird in den Motiven ausgeführt, daß Frankreich durch den Abschluß des Handelsvertrages mit England seine Stellung der Beschränkung und Behinderung des freien Verkehrs aufgegeben habe und daß daher Gelegenheit gegeben sei, die Freiheit des Verkehrs durch Handelsverträge zu sichern.

Aber, m. H., noch ein anderes Moment, was in jetziger Zeit stärker hervortritt, das ist Folgendes: Es ist eine meiner freundlichsten Erinnerungen, daß unmittelbar nach der Uebernahme des Präsidiums im Abgeordnetenhause am 13. December 1866, unmittelbar nach dem glorreichen Kriege gegen Oesterreich und noch bevor die norddeutsche Bundesverfassung hergestellt war, das Ministerium mit dem Antrag kam, das letzte Handelsmonopol, das Salzmonopol, aufzuheben. Es ist gewiß interessant, die Gründe für die Aufhebung des Salzmonopols, die damals die Staatsregierung aufgeführt hat, in dem Augenblick zu vergleichen, wo die Einführung des Tabaksmonopols wieder geplant wird. Der preußische Handelsminister von der Heydt sagte bei Vorlegung des Antrages auf Aufhebung des Salzmonopols: „Er hoffe damit einem weit verbreiteten Bedürfnisse entgegen zu kommen. Er lege dieses hochwichtige Gesetz vor im Interesse der Freiheit des Verkehrs im Zollverein." Die Commission, welche für die Aufhebung des Salzmonopols an das Abgeordnetenhaus berichtet hat, sagt in ihrem Bericht: „Ungetheilt war man der Meinung, daß der ausschließliche Salzhandelbetrieb durch den Staat große wirthschaftliche und moralische Unzuträglichkeiten für die Staatsverwaltung wie für die Staatsangehörigen zur nothwendigen Folge habe, so daß, selbst wenn die Beseitigung des Monopols nicht zu billigeren Salzpreisen führt, dieselbe dennoch im Interesse des Staates dringend gewünscht werden müsse. Richtige Grundsätze über die Grenzen der Staatsverwaltung und über die Staatsfinanzwirthschaft führen überhaupt dahin, die Staatsregierung nicht ohne Noth mit solchen Geschäften zu belasten, die der Privatmann betreiben kann und in der Regel besser betreibt, die Einnahmen zur Deckung der Staatsbedürfnisse jedenfalls principiell durch die Steuern und nicht im spontanen Geschäftsbetriebe zu suchen." (Bravo!)

M. H.! Soll ich Ihnen anführen, daß in jenen Jahren mit Zustimmung der Staatsregierung ferner die Seehandlung in ihrem Betriebe von verschiedenen Fabrikgeschäften eingeschränkt worden ist?

M. H.! Das wirthschaftliche System, durch das Preußen groß geworden ist, das System, durch welches wir unsere Kriege von 1866 und 1870—71 mit einer ungeheuren Kraft des Staates geführt haben, dieses System ist nicht ein System, welches den Staat hülflos läßt gegenüber großen wirthschaftlichen und socialen Mißständen; diese Insinuation habe ich immer für eine Fälschung der Geschichte erachtet. Hat dieses System nicht die Erbunterthänigkeit aufgehoben? Hat es nicht die bäuerlichen Lasten regulirt? Hat es dem Bauer nicht sein Grundeigenthum gegeben? Hat es nicht die Landwirthschaft in ganz Preußen auf den Boden des freien Eigenthums gestellt? Hat es diese Aufgabe gelöst, so wird es auch den Schäden der Gegenwart entgegentreten können. Nicht durch centralistischen Betrieb der Staatsbahnen, Staatsbetrieb einer Unfallversicherung, einer Altersversorgung — diese Aufgaben müssen mit demselben System gelöst werden, welches sich nach innen und außen bewährt hat! Sie

müssen gelöst werden durch die Hinzuziehung und Mitwirkung der Einzelnen, durch ihre Associationen und Corporationen, unter Controle der Gemeinden und des Staates müssen sie gelöst werden auf demselben Wege, den wir mit dem Gesetze vom 7. und 8. April 1876 über die Hülfskassen betreten haben. Dieses System ist also auch mächtig, sociale und wirthschaftliche Mißstände zu heben, und die liberale Partei und auch ich werden zur Lösung auf diesem Wege gern die Hand bieten, das centralistische Staatssystem aber abweisen. (Bravo!)

Aber, m. H., wenn man damals schon solche Projecte ahnte, wenn das Schutzzollsystem in ungeahntem Grade verstärkt wurde, wenn die Besteuerung der nothwendigen Lebensmittel in dem Tarife auf eine Art hervortrat, wie ich das nicht für möglich hielt, wenn ich aus diesen Gründen gegen das Tarifgesetz mit allen meinen Freunden, sowohl Nationalliberalen als auch Secessionisten und Fortschrittlern, stimmte, so glaube ich, m. H., nur Das wahr gemacht zu haben, was ich Ihnen am 13. Juli 1878 gesagt habe.

M. H.! Daß die Befürchtungen von damals nicht unbegründet gewesen sind, weisen, nachdem der neue Tarif 1½ Jahre gilt, die Berichte fast aller Handelskammern, die in der Zahl von 88 erstattet worden sind, nach. Ich habe hier eine Sammlung dieser Berichte über Deutschlands Handel und Industrie vor mir liegen. Die Handelskammern können am besten über die Resultate urtheilen und wenn auch einzelne günstige Urtheile vorkommen, so ergiebt sich doch, daß fast alle klagen, daß alle erklären, die gewünschten Folgen der Zollreform seien nicht eingetreten, daß alle über das Darniederliegen des Geschäftes Klage führen, wenn es auch in einzelnen Branchen besser geworden sei.

M. H., ich komme noch auf einen früher schon berührten Punkt zurück. Ich habe gesagt: Altersversorgungsanstalten, Unfallversicherung u. s. w. nicht mit Staatshülfe, nicht durch bureaukratische Beamte von Staatswegen ausgeführt, sondern womöglich unter Mithülfe der Einzelnen, ihrer Associationen, ihrer Corporationen ohne Staatshülfe. Es ist mir wunderbar gewesen, daß ich in dieser Beziehung selbst mit conservativen Anschauungen mich berühre. Es hat neulich auf dem Parteitag der conservativen Partei in Sachsen Herr v. Rauchhaupt auch diesen Punkt erwähnt. Er hat gemeint, Staatshülfe wäre nicht zulässig; auch eine centralistische Staatsanstalt hatte er wenigstens in mancher Beziehung bezweifelt und hat dann gesagt: um diese Anstalten auf Corporationen und Associationen zu gründen, schiene ihm das Material zu fehlen. So ganz Recht hat er in dieser Beziehung nicht, denn es sind weitverbreitete Hülfskassen und Gewerkvereine schon vorhanden. Aber er ist dann ferner zu dem Gedanken gekommen: ja die Altersversorgung müßte im Wege der Armenpflege durch die Gemeinden gemacht werden, und hat dann in Bezug auf die Armenpflege das Elberfelder System als besonders wohlthätig hervorgehoben. Die Gemeinde soll zu diesem Zweck Staatszuschüsse haben. Ich muß jetzt sagen, daß die Staatszuschüsse mit dem System unserer Selbstverwaltung, das von Stein begründet ist und wie wir es jetzt haben, in keiner Art verträglich sind. Aber wenn die Armenpflege wirklich Sache der Gemeinden ist, wenn Herr v. Rauchhaupt die Lösung durch die Gemeinden und durch die Armenpflege will, so möchte ich ihn doch fragen: Haben wir denn jetzt schon eine Landgemeinde-Ordnung für die Landgemeinden? Ist die ländliche Gemeinde schon so organisirt, daß sie für solche Zwecke lebensfähig ist? Ist daher nicht das dringendste Bedürfniß, auch um diese in der Gegenwart so lebendigen Fragen zu lösen, die Hoffnung einer tüchtigen Landgemeinde-Ordnung mit Einfügung der Rittergutsbezirke in die Landgemeinden? (Bravo!) Wird es nicht nothwendig sein, ehe man solche große neue Aufgaben löst, erst eine alte fast verjährte Aufgabe endlich mal wirksam in die Hand zu nehmen? Ich würde Herrn v. Rauchhaupt sehr dankbar sein, wenn er sich mit der liberalen Partei zur Lösung dieses von der liberalen Partei so lange verfolgten Problems ernstlich verbände. Ja, m. H., wir haben diese Aufgabe nicht aus den Augen verloren. Als die Kreisordnung geschaffen werden sollte, wurden ein Jahr zuvor von der Regierung Vertrauensmänner über die Frage der Kreis- und Gemeinde-Ordnung berufen aus allen Parteien; zu den Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei gehörten damals, wenn ich nicht sehr irre, die Herren v. Bennigsen, v. Unruh, Lasker, meine Wenigkeit und der verstorbene Hr. v. Hennig. Als die vertraulichen Berathungen über die Kreisordnung zu Ende waren, auf Grund deren die Kreisordnung später dem Abgeordnetenhaus vorgelegt und nach langen Kämpfen beschlossen wurde, fanden wir Veranlassung, unsere Ansichten nochmals in einem besonderen Promemoria der damaligen Staatsregierung zu überreichen. Ich habe mir eine Abschrift dieses Promemorias zu dieser Reise herausgesucht und die beweist, daß wir schon damals einen Abschluß der Reform der Kreisordnung, überhaupt der Selbstverwaltung, nur fanden in der endlichen Herstellung einer Landgemeinde-Ordnung für die Gemeinden der acht alten Provinzen mit Einfügung der Rittergutsbezirke in diese Gemeinden. Will Herr v. Rauchhaupt unsere Bestrebungen, die wir, so lange eine liberale Partei existirt, verfolgt haben und welche leider seit 1871 im Sande verlaufen sind, wieder mit uns aufnehmen und sie unterstützen, so würde ich ihm außerordentlich dankbar sein. Ich glaube, diese Aufgabe ist dringender, als die Aufgabe, auf ganz neuen Grundlagen Altersversorgungsanstalten, Unfallversicherungsanstalten u. s. w. lediglich durch Hülfe des Staates zu schaffen. (Bravo!)

M. H., ich habe also gegen den Tarif gestimmt, aber die Verhandlungen über den Tarif haben doch noch andere Folgen für mich gehabt. Ich habe, ehe die Tarifverhandlungen zu Ende waren, noch während des Verlaufes derselben mein Amt als Reichstagspräsident niedergelegt. Sie werden von mir nicht verlangen, m. H., daß ich diesen Schritt Ihnen gegenüber rechtfertige, ich wäre dazu nicht verpflichtet; das Amt des Präsidenten habe ich empfangen durch die Wahl der Reichstagsmitglieder, und ich glaube daher, daß ich über diese Frage nur meinem eigenen Gewissen Rechenschaft schuldig bin. Aber ich nehme gar keinen Anstand, jetzt, nachdem ich zwei Jahre lang geschwiegen habe, die Motive, welche mich zu der Niederlegung des Reichstagspräsidiums geführt haben, ganz offen auszusprechen, wie ich sie auch theilweise offen in dem Schreiben auseinandergesetzt habe, welches ich damals zur Motivirung der Niederlegung an den Reichstag richtete. M. H., als eine Freundlichkeit habe ich es schon nicht empfunden, als die Regierung das Gesetz über die Redefreiheit der Abgeordneten dem Reichstage vorlegte, das Gesetz, welches im Munde des Volkes den Namen „Maulkorbgesetz" gefunden hat. Als eine Freundlichkeit gegen das bisherige Präsidium konnte ich die Vorlegung nicht auffassen trotz der entgegenstehenden Versicherung der Vertreter der Staatsregierung, welche bei der Verhandlung über das Gesetz abgegeben wurde. Bei der Reichstagssession im Jahre 1879 fiel es mir auf, daß etwas fortfiel, was sonst immer üblich gewesen war: Der Herr Reichskanzler hatte Gelegenheit genommen bei allen früheren Eröffnungen mir gegenüber seinen eigenen Wunsch und den der verbündeten Regierungen auszusprechen, daß, wenn ich wieder zum Präsidenten gewählt werden sollte, ich das Amt auch annehmen möge. Alle diese Umstände konnten mich ja nicht bestimmen, mich der Wahl zum Präsidenten zu entziehen; es hätte das geheißen, das Recht des Reichstags auf die selbstständige Wahl seines Präsidenten beeinflussen zu lassen. Ich mußte mich mit meinem Freund Stauffenberg der Wahl unterwerfen; sie erfolgte mit großer Majorität und wir nahmen an. Damals, als wir die Wahl annahmen, übersah ich noch nicht, daß die Majorität des Reichstages sich zur Annahme des neuen Wirthschaftssystems hinneigen würde; das trat erst allmälig hervor. Diese wirthschaftlichen Verhandlungen waren der ganze Inhalt der damaligen Reichstagssitzungen und ich mußte mir bald sagen, daß meine eigenen ernst und wiederholt geprüften Anschauungen in dieser wichtigen Frage mit der Majorität des Reichstages nicht mehr übereinstimmten. M. H., sobald mir dies feststand, mußte ich allmälig die Ueberzeugung gewinnen, daß die Fortführung der Geschäfte durch mich nicht mehr zulässig sei. Und ich sage ferner: wenn man mit seinem innersten Herzen einer Richtung, die ich vorher bezeichnet habe, entgegensteht, so ist es unsäglich schwer und fast eine unmenschliche Aufgabe, mit aller Kraft — und die Kraft war damals durch das langjährige Präsidium sehr angestrengt und die Nerven waren sehr angegriffen — dahin zu wirken, daß formal das gestaltet werde, was mit meinen eigensten Ueberzeugungen so in vollständigem Widerspruch stand. Es liegt ja auch immer so, daß, was mal in den Verhandlungen schief geht, nicht auf die zufälligen Umstände, sondern irgendwie auf die politische Meinung des Präsidenten geschoben wird. Mir wurde es immer klarer, daß ich unter diesen Verhältnissen das Amt nicht fortführen könnte. Jetzt kam in einer Sitzung, zufällig an demselben Tage, an welchem das Städtetag-Diner stattfand, eine Scene vor, die mich überzeugte, daß auch zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach meinen Begriffen die Majorität im Reichstage erschüttert sei. Einer der Herren Socialdemokraten wich von der Sache ab, ich rief ihn nach meiner Ueberzeugung zur Sache, er suchte das zu umgehen, — ist das zweimal geschehen, so kann man den Antrag auf Wortentziehung stellen; aber die unwillkürlichen Aeußerungen des Reichstags, die sich auch darin zeigten, daß man den Präsidenten nicht durch Zurufe unterstützte, wie er zur Sache rief, sondern durch die Gesichter, welche dem Socialdemokraten, welcher remonstrirte, als mir, Recht zu geben schien, überzeugten mich, daß ich auch die nöthige Macht nicht mehr im Reichstage habe, um die Ordnung aufrecht zu halten, und daraus folgte dann der feste Entschluß, der schon lange in mir lebte, das Reichstagspräsidium niederzulegen. Zufällig war an dem Tage das Festessen des Städtetags. Ueber diesen Städtetag ist ja viel gesprochen worden, über die Rede, welche ich bei diesem Diner gehalten habe, noch viel mehr. Es ist behauptet worden, daß mit dem Städtetage eine Trennung zwischen Stadt und Land beabsichtigt sei. M. H., das ist positiv unwahr; die Resolutionen des Städtetages beweisen, daß er gegen diese Trennung in jeder Beziehung protestirt hat, daß er dieselbe befürchtet hat, und die Resolutionen des Städtetages, welche sich gegen das neue Zollsystem richteten, sind zum Theil motivirt auch durch das Bedürfniß des flachen Landes. Und was meine Rede im Zoologischen Garten anlangt, so weiß ich ganz bestimmt, daß ich damals von der großen liberalen Partei in Stadt und Land gesprochen habe, daß ich aufgefordert habe zur Einigung der breiten Mittelstände in Stadt und Land. Und wie sollte das auch anders möglich sein bei mir, da ich zuerst in die politische Laufbahn getreten bin durch die wiederholte Wahl eines ländlichen Wahlkreises, des Mohrunger Kreises? Wie sollte es anders möglich sein bei mir, der ich jahrelang auf Grund der Wahl des Magistrats einer kleinen Stadt Kreistagsdeputirter in einem rein ländlichen Kreise gewesen bin und mich immer bemüht habe, die Erinnerungen, welche ich aus diesen Verhältnissen habe, mit den großen Erfahrungen, welche ich als Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin gesammelt habe, zu verbinden, um zu ergründen, wie Stadt und Land einig im liberalen Streben erhalten werden können?! (Bravo!) Ich wiederhole also, ich bezeichne es direct als eine Unwahrheit, daß ich bei jenem Diner gesprochen habe von einer Trennung von Stadt und Land. — M. H., ich habe dann zuletzt in der Rede vom 13. Juli 1878 bezüglich der Militärfrage gesagt, daß ich die jährliche Bewilligung der Präsenzziffer für Deutschland nicht für zulässig erachte, daß ich dagegen für eine Bewilligung auf Zeit — und ich habe ausdrücklich die Ziffern 3, 4, 5, höchstens 7 Jahre genannt — sei. Als ich dies aussprach, ahnte ich noch nicht — und auch Sie haben es nicht geahnt — daß so bald und so schnell eine höchst bedeutende Verstärkung der militärischen Kräfte verlangt werden würde, das Gesetz, was uns im Jahre 1880 vorgelegt wurde, enthielt nicht eine einfache Verlängerung des Septennats; die hatte vielleicht bei mir kein Bedenken — sondern sie enthielt eine bedeutende Vermehrung unserer militärischen Kräfte, der ich an und für sich nach meiner Ueberzeugung zugestimmt habe. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir unsere militärischen Kräfte nicht schwächen dürfen, sondern daß wir in dieser Beziehung das leisten müssen, was eine Regierung, die sich in dieser Hinsicht das vollständigste Vertrauen wie noch keine erworben hat, verlangt, sofern dieses nur möglich ist. Ich glaube, daß auf diese Weise die neu errungene Einheit Deutschlands geschützt werden muß, — aber, m. H., mit Wahrung der constitutionellen Rechte. In dem vorgelegten Gesetze war also erstens gefordert die Vermehrung der Regimenter, die Vermehrung der Batterien der Artillerie — ich kann die Ziffern nicht mehr ganz genau angeben, ich glaube, es waren ungefähr 13 Regimenter und außerdem die Batterien. Es war ferner gefordert die Vermehrung des Präsenzstandes von 401,000 auf 426,000 Mann. Es war endlich darin enthalten die neue Forderung, daß die Ersatzreserve 1. Klasse zu Uebungen einberufen werden könne. Ich habe bewilligt die Vermehrung der Cadres, ich habe bewilligt die Einberufung der Ersatzreserve, ich habe auch bewilligt die Vermehrung der Präsenz. Aber, m. H., ich sagte mir, die Lasten, die übernommen werden, sind sehr groß; ob sie getragen werden können ohne Schaden des Allgemeinen, das muß doch geprüft werden. Der einzige Einfluß, den der Reichstag auf die Verhältnisse hat, ist gerade die zeitweise Festsetzung der Präsenzziffer. Auch dies Recht ist gar nicht so schwerwiegend, denn seitdem das Gesetz von 1874 die Zahl der Cadres, die Zahl der Regimenter, der Bataillone, der Escadrons festgestellt hat, versteht es sich von selbst, daß der Reichstag immer dasjenige an Geld bewilligt und auch an der Präsenzziffer, was zu einer solchen Ausbildung der Cadres nöthig ist, damit sie ein Bild desjenigen, was sie im Kriege leisten sollen, auch im Frieden herstellen können. Die Frage kann nur schwanken, ob ein Bataillon aus 539 oder 610 Mann oder wie sonst besteht. Ich sagte mir nun: wenn man bereitwillig die neuen Regimenter, die Batterien, die Einberufung der Ersatzreserve zugesteht, wenn man auch die Präsenzstärke auf längere Zeit bewilligt — ich griff die Zahl von drei Jahren mit Rücksicht auf die vermehrte Last heraus — wenn man das Alles bewilligt, so erreicht man mit dem Beschluß der drei Jahre, daß der nächste Reichstag noch einmal in die Lage kommt zu prüfen, ob denn nicht die Lasten, die auferlegt sind, zu stark sind, und ich hielt mich unter solchen Umständen nicht für berechtigt, den nächsten Reichstag für weniger patriotisch zu halten als den gegenwärtigen, welcher die Verstärkung bewilligt, und ich hielt mich nicht für berechtigt, schon jetzt dem nächsten Reichstag ein solches Mißtrauensvotum auszusprechen. Dieser constitutionelle Grund allein war es, welcher mich gegen die Bewilligung auf sieben Jahre und schließlich zur Ablehnung des Gesetzes bestimmt hat. Ich habe auch in dieser Beziehung vollständig das erfüllt, was ich Ihnen versprochen habe. Ich war bereit, auf 3 Jahre auch bei erhöhter Last die Präsenzziffer festzustellen, und habe nicht auf die jährliche Bewilligung bestanden. (Bravo!)

M. H., das wäre es, was ich über die abgelaufene Legislaturperiode Ihnen zu berichten habe. Ich habe damals auch im Eingange meiner Rede, weil sie zufällig auf den 13. Juli, auf den Tag des Abschlusses des Berliner Friedens fiel, hervorgehoben, der äußere Frieden sei uns durch diesen Berliner Vertrag gesichert. Ich habe gefragt, wird uns denn auch der innere Frieden wiedergegeben werden? M. H., der äußere Frieden ist uns gesichert, und wenn etwas noch die Liebe zu unserem tief und allgeliebten Kaiser und Könige vermehren könnte, so ist es der Umstand, daß wir sehen, wie er noch im hohen Alter für die Sicherung dieses Friedens durch die Zusammenkünfte in Alexandrowo und neuerdings in Danzig thätig gewesen ist. Ob aber der innere Frieden uns gesichert ist, ja, m. H., da möchte ich Sie bitten, die Antwort zu entnehmen aus den Mittheilungen der Regierungsblätter selbst, die ja überall Unzufriedenheit constatiren. Ich möchte Sie bitten, auch zu entnehmen, wie ich darüber denke, aus dem Vortrage, den ich Ihnen gehalten habe. Wollen Sie aber den inneren Frieden befestigen, wollen Sie, daß er, wenn er nicht da ist, uns wiedergegeben und erhalten werde, so bitte ich Sie, bei Ihrer zukünftigen Wahl dafür zu sorgen, daß das liberale Bürgerthum in Stadt und Land im Reichstage wiederum seinen gebührenden Einfluß erlange. (Lebhaftes Bravo!) Die Folgen davon werden ja ganz einfach sein. Neues wird nicht viel geschaffen werden, die Gegensätze in dieser Beziehung zwischen der conservativen Partei und der Regierung und auch der liberalen Partei sind zu groß. An den Zöllen wird, trotz unserer Abneigung gegen dieselben, schon deshalb nicht gerüttelt werden, weil das vielleicht erfolglos ist, — es sei denn, daß der höchste Nothfall eintrete, und der könnte allerdings eintreten, wenn die übrigen Staaten zu den hohen Zöllen noch höhere Zölle gegen die deutsche Industrie einführten. Die liberale Partei wird es sich zum ersten Grundsatz machen, nicht ohne Noth, nicht ohne die strengste Prüfung des Bedürfnisses neue Gesetze zu machen, neue Zustände zu schaffen, sie wird das Errungene festhalten, und, wo Beschwerden hervorgetreten sind, wird sie sich bemühen, durch Specialgesetze den einzelnen Beschwerden abzuhelfen. Es wird also das eintreten, was wir wünschen: ruhige und stetige Entwickelung in der Gesetzgebung. Und wenn die liberale Partei wieder ihren gewichtigen Einfluß hat, wenn damit wieder der Grundsatz zu Ehren kommt, daß man dem Staate gegenüber schwere Pflichten hat, daß aber der Staat auch die Menschen auf ihre eigene Verantwortung und Selbsthülfe verweisen muß und nur durch die Gesetzgebung Nothstände überwinden kann, dann wird dieses Vordrängen von Sonderinteressen zurücktreten und man wird sich gewöhnen, nicht mehr die Hülfe des Staates anzurufen, sondern sich wieder auf die eigene Kraft und Verantwortlichkeit zu stützen.

Alles das erreichen Sie, wenn Sie das liberale Bürgerthum durch ihre Wahl zum künftigen Reichstage stärken, und wenn solche Wahlen in größerem Umfange erfolgen, so bin ich auch der Ueberzeugung, daß der Kanzler sich dieser wichtigen und entscheidenden Thatsache in seinen Erwägungen nicht entziehen und vielleicht Pläne aufgeben werde, die er jetzt weiter verfolgt. Darum sage ich Ihnen — von meiner Person sehe ich ganz ab — wählen Sie auch zukünftig wieder unbesorgt liberal, Sie dienen damit nicht blos der Partei, sondern Sie dienen auch den Zuständen im Vaterlande.

Ich habe gesagt: wählen Sie liberal! Ich komme damit auf den letzten Punkt meiner Rede, nämlich auf die Gründe, warum ich aus der nationalliberalen Partei ausgetreten bin. M. H., die nationalliberale Partei wurde gestiftet im Jahre 1866; ich gehöre mit zu ihren Begründern. Sie hatte die Aufgabe, mit der Regierung zusammen die neuen Zustände, so weit wie möglich liberal zu construiren, und der eigentliche Zweck der liberalen Partei war meiner Ansicht nach damit erreicht. Bei der Gründung neuer Verhältnisse haben wir uns sehr oft von der Fortschrittspartei getrennt, haben gegen sie gestimmt, sind von ihr auch sehr heftig angegriffen worden. Anders werden die Verhältnisse, wenn die liberale Partei nicht mehr Neues schaffen kann, sondern wenn sie sich blos im Zustande der Abwehr befindet. Da müssen meiner Ansicht nach alle liberalen Männer zusammentreten in dieser Abwehr. In der nationalliberalen Partei waren ja verschiedene Elemente vorhanden; die schieden zum Theil durch den Austritt des Herrn v. Treitschke aus, zum Theil dadurch, daß Herr Völk mit seinen Anhängern von der nationalliberalen Partei ausgeschieden ist. Blieb der Zustand so, wie er war, so war zu fürchten, das Fractionsstreitigkeiten das einheitliche Zusammengehen der liberalen Partei erschweren würden. Wir, die wir ausgetreten sind, bilden jetzt ein Mittelglied der großen liberalen Partei. Ich werde weder der nationalliberalen Partei wieder beitreten, noch auch der Fortschrittspartei, und wenn ich mitwirken muß, so würde es in der Zukunft sehr häufig vorkommen, daß ich bald mit dieser, bald mit jener Partei, bald auch ganz nach meinem freien Willen und meiner freien Ueberzeugung stimmen würde. Aber wenn ich die große liberale Partei, dieses einige Zusammenwirken aller Liberalen in den Hauptsachen für eine Nothwendigkeit erachte, weil ich zu sehr die Einflüsse kennen gelernt habe, welche auch neben der Macht des liberalen Bürgerthums thätig sind, wenn ich glaube, daß die große liberale Partei deshalb nothwendig ist, weil nur durch das vertrauensvolle Zusammenwirken aller Mitglieder der liberalen Partei der Einfluß erlangt werden kann auf die Gestaltung der Dinge, die nothwendig ist, um das Gewicht des liberalen Bürgerthums und seiner Interessen zu behaupten, solange das nicht erreicht ist, ist der Zustand, daß Männer, die weder der nationalliberalen Partei, noch der Fortschrittspartei angehören, da sind, die unbefangen im gegebenen Moment zur Abwehr mithelfen können, ein höchst günstiger für die gesammte liberale Partei, und deren Interesse liegt mir dringend am Herzen. Ich will kaum erwähnen, daß ich das ganze Fractionswesen, so wie es jetzt existirt, eigentlich für überlebt halte. Ich glaube, daß dieses Fractionswesen, welches dazu dient, jedem Abgeordneten für jede specielle Frage ich möchte sagen, ein Mehrheitsvotum der Fraction zu geben, die Reibungspunkte nur vermehrt. Der Liberalismus erfordert, daß in Nebendingen jedem Abgeordneten seine freie Ueberzeugung gelassen werde. Er erfordert aber für seine Einheit und Existenz, daß in den Hauptfragen immer zusammengestimmt werde, und wer hierin nicht mitstimmen will, darf sich nicht mehr als Glied der liberalen Partei betrachten. — Also ausgetreten sind wir, weil unserer Ueberzeugung nach die nationalliberale Partei ihren Zweck erreicht hatte und in ihrer gegenwärtigen Gestaltung nicht mehr zur Einigung und Herstellung der gesammten liberalen Partei dienen und nützen konnte. Wir erstreben mit unserem Austritt lediglich die Einheit der liberalen Partei und die Bildung der großen liberalen Partei, die allerdings nicht von den Abgeordneten kommen wird, sondern durch das Bedürfniß des Volkes und von unten herauf durch dasjenige, was die Abgeordneten von ihren Wählern empfangen und durch die Eindrücke, die sie von ihnen erhalten!

Ich sage Ihnen also, m. H., und wiederhole meinen Rath, wählen Sie im Interesse des Vaterlandes auch zukünftig liberale Abgeordnete! (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Berlin. Verlag der Tribüne-Actien-Ges. Druck von W. Büxenstein